

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schyrm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötterstraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepalte Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **435000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Armut und Reichtum.

Die überaus wertvolle Veröffentlichung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes über die Lebenshaltung von 320 Metallarbeiterfamilien in den Hauptproduktionsstätten Deutschlands hat eine neue und absolut beweiskräftige Bestätigung der ohnehin schon bekannten Tatsache gebracht, daß zwischen den heutigen Lohnverhältnissen und den Preisen der Lebens- und Genussmittel, besonders auch der Wohnungen in Deutschland ein schreiender Widerspruch besteht. Auf die Dauer ist es ein völlig unhaltbarer Zustand, daß die breiten Massen unseres Volkes beim größten Fleiß der Familienoberhäupter und selbst unter Mitarbeit von Frau und Kindern nicht mehr als höchstens die Kosten der nackten Lebensführung zu erringen vermögen, selbst wenn sie jeden Groschen dreimal vor dem Ausgeben in der Hand umbrehen. Wir müssen alle wirtschaftlichen und politischen Mittel ergreifen, um diesen Zustand zu beseitigen. Daß wir dabei auf den Widerstand sowohl der Regierungen wie auch der Besitzenden stoßen, ist eine bedauerliche Tatsache, mit der wir uns abzufinden haben, um so bedauerlicher, als zweifellos der Kampf gegen die Armut als Massenerscheinung sogar mit den Hilfsmitteln der heutigen Gesellschaft weit wirksamer geführt werden könnte, als es bisher geschehen ist.

Daß wir es bei der Armut wirklich mit einer Massenerscheinung zu tun haben, die sich dem Einfluß des Einzelnen fast ganz entzieht, lehrt ein Blick in die neuesten Zahlen über die Einkommensverteilung, die der preussische Finanzminister vor wenigen Monaten dem preussischen Landtag vorgelegt hat. Bei der großen Ausdehnung des preussischen Staates und bei der Zahl seiner Bewohner sind die dort gegebenen Daten ohne Bedenken als für ganz Deutschland kennzeichnend anzuspreehen, nur vielleicht mit der einen Einschränkung, daß es außerhalb Preußens Gegenden gibt, in denen die Verhältnisse noch viel schlechter sind. Die Nachweisung über die Veranlagung zur Einkommen- und Vermögenssteuer für die Jahre 1908/09 (Drucksache des Hauses der Abgeordneten, 21. Legislaturperiode, 3. Session 1910 Nr. 18) lehrt, daß sich die Bevölkerungszahl des preussischen Staates nach der zum Zwecke der Veranlagung gemachten Personenstandsaufnahme auf rund 38,6 Millionen Köpfe stellte. Davon sind zusammen rund 17,7 Millionen von der Veranlagung zur Einkommensteuer freigeblieben, teils weil sie territorial und dergleichen sind (6870), teils weil ihr Einkommen pro Jahr die Summe von 900 M nicht überstieg (17 669 438). Von diesen Steuerfreien sind Haushaltungsvorstände in den Städten 3 838 092, auf dem Lande 1 464 175 Personen; von der Gesamtzahl der in den Städten wohnenden Steuerfreien macht diese Zahl 69,11 Prozent aus, von der Gesamtzahl der auf dem Lande wohnenden 39,54 Prozent, und überhaupt sind 46,97 Prozent der Einkommensteuerfreien Haushaltungsvorstände. Dabei ist besonders hervorzuheben, daß sich das Verhältnis im letzten Jahre gegen früher verschlechtert hat; denn für 1908 betrug der Prozentsatz der drei Kategorien nur 59,08, 39,29 und 46,39 Prozent; das heißt mit anderen Worten: es sind im Jahre 1909 mehr Haushaltungsvorstände als im Jahre 1908 vorhanden gewesen, die nicht einmal 900 M. Einkommen durch ihre Arbeit zu erzielen vermochten.

Wie gering ist überhaupt die Zahl der Preußen, die im Hochgefühl der Verpflichtung zur Zahlung von Einkommensteuer herumlaufen können? Nur 15,8 (15,45) Prozent der Gesamtbevölkerung kann sich dessen rühmen, wobei sehr zu bedenken ist, daß in der letzten Zeit die Veranlagung bei den Arbeitern mit äußerster Schärfe vorgenommen wurde, hat Preußen doch sogar ein (auch von den Freimünnigen begrüßtes!) Gesetz geschaffen, wonach die Unternehmer gezwungen sind, aus den Lohnlisten das Einkommen der Arbeiter der Veranlagungsbehörde anzugeben. Am Rande verbleibt sich, daß eine entsprechend scharfe Kontrollmaßregel für die Besitzenden auch nicht einmal in Erwägung gezogen worden ist; die können sich nach wie vor nach eigenen Ermessen einschätzen, wobei zweifellos noch immer zahllose Hinterziehungen vorkommen, was unter anderem Professor Hans Delbrück für die Klasse der Gutbesitzer bei Gelegenheit der Diskussion über die Erbschaftsteuer in seinen Preussischen Jahrbüchern einwandfrei nachgewiesen hat.

Ist schon die Zahl der überhaupt zur Einkommensteuer veranlagten Personen in Preußen sehr gering, so ist die Zahl der bei der Veranlagung ermittelten Wohlhabenden geradezu minimal, denn mit einem Einkommen von mehr als 3000 M. pro Jahr sind nur 621 566 Personen zur Steuer herangezogen worden, von denen 476 482 in den Städten, 145 084 auf dem Lande wohnen. Das macht in Prozenten der Gesamtbevölkerung in den Städten 2,65, auf dem Lande 0,70 und im Durchschnitt des ganzen Staates 1,61 Prozent aus! Selbst wenn wir die Steuerhinterziehungen in Anschlag bringen und annehmen, daß etwa der vierte Teil des wirklichen Einkommens verschwiegen wird, so bleibt die Zahl der mit einem zum behaglichen Leben ausreichenden Einkommen Begünstigten unerhöht gering. Sie steht in gar keinem Verhältnis zu den Machtmitteln, die uns Wissenschaft und Technik an die Hand gegeben haben, um mit ihnen unsere Lebensbedürfnisse zu befriedigen. So schlecht ist unsere Wirtschaft organisiert, daß sie nur einer verschwindenden Mehrheit ein auskömmliches Leben gestattet, von dieser Minorität allerdings wiederum einigen ungeheure Schätze in den Schoß wirft.

Das Bild der Einkommensverteilung wird noch klarer, wenn wir die Gesamtbevölkerung gruppenweise nach dem Einkommen ordnen. Da haben wir zunächst die große Gruppe derer, die einkommensteuerfrei bleiben, weil ihre Einnahmen nicht 900 M. überschreiten; es sind, wie wir schon oben sagten, 45,80 Prozent der Gesamtbevölkerung (nicht etwa der Erwerbstätigen!). Von dem verbleibenden Rest von 54,2 Prozent der Gesamtbevölkerung finden wir in der Einkommensgruppe von

über 900 bis 3000 M.	89,81	Prozent der Gesamtzahl der Jenigen
= 3000 = 6500 =	7,16	= " " " " " "
= 6500 = 9500 =	1,28	= " " " " " "
= 9500 = 30500 =	1,40	= " " " " " "
= 30500 = 100000 =	0,30	= " " " " " "
= 100000 M.	0,06	= " " " " " "

Nur die Einkommensgruppe von über 3000 bis 6500 M. zeigt dabei im Jahre 1909 eine leichte prozentuale Vermehrung von 6,99 auf 7,16 Prozent des Vorjahres; der Anteil der höheren Einkommen, so wie wir sie oben in Gruppen zusammengefaßt haben, ist etwas gesunken: von 1,30 auf 1,28, von 1,42 auf 1,40, von 0,31 auf 0,30 Prozent; bei den höchsten Einkommen finden wir die gleichbleibende Zahl von 0,06 Prozent. Die Schicht der Einkommensteuerpflichtigen hat sich in den Jahren 1908/09 in Preußen im Verhältnis von 4758 zu 4884 ausgedehnt, die einkommensteuerfreie Schicht ist im Verhältnis von 5242 zu 5116 zurückgegangen.

Das veranlagte Einkommen der Jenigen beträgt rund 13,2 Milliarden Mark und ist um etwa 3,32 Prozent gegen das Vorjahr gestiegen. Das „Durchschnittseinkommen“ stellt sich überhaupt auf 2167,36 M. und ist um rund 10 M. gefallen. Auf den Kopf der Bevölkerung gelangen rund 7,25 M. Einkommensteuer zur Erhebung. Die kleinen Einkommen bis zu 3000 M. pro Jahr tragen davon 34,79 Prozent, die größten Einkommen von über 1 Million Mark 2,72 Prozent; der Anteil der kleinsten Einkommen ist etwas gesunken, der der größten etwas gesunken. Seit dem Jahre 1892 ist die Zahl der mit mehr als 3000 M. Einkommen veranlagten Jenigen in Prozenten der Bevölkerung von 1,06 auf 1,61 gestiegen.

Das ist also das Ergebnis einer unablässigen Arbeit in Stadt und Land während einer langen Periode des Friedens und in einer Zeit, in der Wissenschaft und Technik die Mittel zu einer Verbesserung der Methode und der Wirtschaftlichkeit der Arbeit in ungezügelter Menge zur Verfügung gestellt haben! In 18 Jahren hat es genau 1/2 Prozent der Bevölkerung fertig gebracht, aus dem Nichts der proletarischen Existenz in die Höhe eines Einkommens von mehr als 3000 M. hinaufzusteigen, wobei zu berücksichtigen ist, daß auch ein solches Einkommen in den deutschen Großstädten für Personen, bei denen die Aufrechterhaltung eines gewissen Lebensstandes vorausgesetzt wird (Beamte, Lehrer, Privatangestellte u. s. w.) in den 3000 M. zunächst liegenden Stufen eine kaum mehr als proletarische Existenz gestattet. Ginge die Entwicklung im gleichen Schneckentempo weiter, so würden wir in 36 Jahren, also nach mehr als einem Menschenalter, gerade wieder je einen von je 100 unserer Mitbürger in den Steuerlisten emporklettern sehen, während zugleich sich die Gesamtbevölkerung um viele Prozente vermehrt hätte. Damit aber ist schon gesagt, was wir auch schon eingangs betonten, daß wir uns mit einer solchen „Entwicklung“ unter keinen Umständen zufrieden geben können und dürfen, daß wir sie vielmehr durch unablässige gewerkschaftliche und politische Tätigkeit bekämpfen müssen. Man mache sich nur einmal klar, wie die aufgeführten Zahlen aussehen würden, wenn wir keine starken Gewerkschaften hätten.

Lohnbewegung auf den Seeschiffswerften Deutschlands.

Der Beschluß der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften vom 6. August, am 11. August eine Betriebs einschränkung eintreten zu lassen, von der 60 Prozent der Werftarbeiter betroffen werden, ist ausgeführt worden. Die Aussperrung hatte dann zur Folge, daß die übrigen 40 Prozent der Arbeiter auf mehreren Werften sich mit den ausgesperrten solidarisch erklärten und ebenfalls die Arbeit einstellten. Ueber die Zahl der Ausschüßigen sind bis jetzt genaue Angaben nicht vorhanden. Die Angaben der Telegraphenbureaus sind fast alle unzutreffend. In nächster Nummer wird es möglich sein, darüber Genaueres zu berichten.

Die Werftunternehmer haben durch die brüste Ablehnung von Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiter den Streit in Hamburg provoziert und dadurch bewiesen, daß es ihnen mit der in ihrem Antwortschreiben vom 26. Juli an den Kollegen Schilde zur Schau getragenen Sorge um die Ruhe im deutschen Schiffbau nicht ernst ist. Wäre es ihnen darum zu tun, den deutschen Schiffbau vor Beunruhigungen zu sichern, dann hätten sie zunächst sich zu Verhandlungen bereit erklären müssen. Aber damit glaubten sie sich in ihrem Machtbewußtsein etwas zu verbessern. Zur Bekräftigung dieses Machtbewußtseins fügten sie nun noch das brutale Mittel der Aussperrung. Aber sie werden dadurch ihren Zweck nicht erreichen, mag der Kampf enden wie er will. Ruhe wird nun, nachdem die Unternehmer gezeigt haben, daß sie in ihren Arbeitern nur willenlose Sklaven erblicken, nicht früher wieder eintreten, bis diesen für ihre Arbeitsleistung bessere Entlohnung, kürzere Arbeitszeit, anständige Behandlung zuteil wird. Das mögen sich die Werftbesitzer gefügt sein lassen.

Sind die Forderungen der Arbeiter unberechtigt?
In der bürgerlichen Presse wird die Bewegung der Werftarbeiter fortgesetzt als unberechtigt bezeichnet und darauf hingewiesen, daß im Jahre 1907 durch Verhandlungen die Arbeitszeit um eine

halbe Stunde täglich verkürzt wurde und auch Lohnerhöhungen stattgefunden haben. Es sei demgegenüber darauf hingewiesen, daß das Ergebnis der Verhandlungen vom Jahre 1907 die Arbeiter keineswegs befriedigt hat und auch nicht befriedigen konnte, denn abgesehen von der Verkürzung der Arbeitszeit war von einem Erfolg in der Lohnfrage nicht gut zu reden, da der Lohn, der bis dahin für 60 Stunden in der Woche gezahlt wurde, für 57 Stunden in der Woche gezahlt werden sollte. Wenn dies auch eine geringe Erhöhung der Stundenlöhne bedeutete, so aber nicht die geringste Erhöhung des wöchentlichen Lohnes. Daß hierdurch die Ansprüche der Arbeiter nicht befriedigt waren, war auch den Werften nicht unbekannt, denn nur widerstrebend erklärten sich die Arbeiter mit diesem Ergebnis einverstanden, und das auch nur in der Hoffnung, daß bei einem Ausfließen der Konjunktur die Werften bereit sein würden, den durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingten Ansprüchen der Arbeiter durch wiederholte Verhandlungen mehr entgegenzukommen als im Jahre 1907.

Dadurch glaubten die Arbeiter eine wirtschaftliche Schädigung der Schiffbauindustrie zu vermeiden und ein gebührendes Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern dieser Industrie angebahnt zu haben. Daß bei den Unternehmern nicht dasselbe Verlangen nach einer Verständigung vorhanden ist, beweist die brüste Ablehnung jeder Verhandlung. Und wenn es noch eines Beweises dafür bedürfte, so ist er gegeben durch die wie eine Verhöhnung der Arbeiter klingende Bemerkung, daß eher eine Ermäßigung der Löhne gerechtfertigt sei und daß man bereit sei, nicht etwa die Gründe der Arbeiter für ihre Forderungen zu hören oder mit ihnen zu verhandeln, um eine Verständigung herbeizuführen, sondern mit den Arbeitern zusammenzukommen, um ihnen mündlich noch einmal zu erklären: „Ihr bekommt nichts!“

Wie steht es aber mit dem Ertrichsten von 1907? Eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung war zugestanden worden, heißt es. Daß an mehr als einem Werftorte durch recht rigoros gehandhabte Kontrolle diese halbe Stunde wieder hereingeholt wird, verweigert man.

Um uns ein zusammenhängendes Bild von den Zuständen bei den Werften von 1907 durch die Werftunternehmer zu machen und uns vor Augen zu führen, was aus diesen Zuständen im Verlauf der Winterperiode geworden ist, greifen wir einmal in unsere Sammelmappe all der Klagen, die uns in den drei Jahren übermittelt wurden. Wenn die von den Unternehmern bediente Presse schreibt, die Klagen der Arbeiter seien unberechtigt, so muß die Öffentlichkeit erfahren, was seit 1907 Anlaß gegeben hat, das Arbeitsverhältnis auf den Seeschiffswerften so zu gestalten, daß es dringend einer Reorganisation unterzogen werden muß.

Eigentlich wäre die Geschäftsstelle der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften die geeignete Instanz, um diese so notwendige Aufklärungsarbeit zu leisten. Wie werden die Aguren dieser Geschäftsstelle verständnislos gelächelt haben, als so hübsch „in der Zeitung“ zu lesen stand: Die Klagen der Werftarbeiter sind unberechtigt. Jetzt soll einmal vergessen sein, daß gleich nach Abschluß der Verhandlungen im Jahre 1907 ein sehr hervorragendes Mitglied der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften die Abmachungen überhaupt nicht anerkannte, von einem Ausbruch der Arbeiter nichts wissen wollte. Statt dessen warf er aber einige Du- und unständliche Arbeiter auf's Pflaster, weil sie keine Lust zeigten, einen üblen Nebens zu unterschreiben. Jetzt weiß man auch nicht mehr, daß, als während der wirtschaftlichen Depression im Jahre 1908 auf einer Ostseewerft Arbeiterentlassungen vorgenommen werden mußten, die organisierten Arbeiter um 50 Prozent dezimiert wurden, während man den lieben „Aaterländischen Gesellenvereiner“ schonungsvoll 3 Prozent ihrer Mannen entließ, einige davon auf höheren Befehl wieder einstellte, trotzdem mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet wurde.

Aber Ursache zur Klage „haben die Werftarbeiter ja nicht“. Wir werden uns auch gar nicht wundern, wenn die den Werftunternehmern gefällige Presse Differenzen hintwegleugnet, die an mehreren Orten entstanden sind, als man ganz willkürlich Akkordreduzierungen in der Höhe von 10 bis 30 Prozent vornahm.

Bekanntlich sind die Löhne der Werftarbeiter und „altmäßig niedrig“. Durch Akkordarbeit muß versucht werden, ein höheres Einkommen zu erzielen. Was sieht es da die Helfershelfer des Werftunternehmertums an, wenn die Schiffbauer monatelang zwar in Akkord arbeiten, trotzdem aber ohne Überfluß über ihren niedrigen Lohn nach Hause gehen? Man kann ja nicht verlangen, daß sich diese klugen Leute einmal in die Lage eines Werftarbeiters versetzt fühlen, der monatelang hoffte, einige Mark herausgewirtschaftet zu haben, nachher aber zum Notzen gehalten wurde, indem man ihm liebenswürdig erklärte: „Es ist nichts übrig geblieben.“

Die Öffentlichkeit muß erfahren, daß auf derselben Werft Arbeiter entlassen wurden, weil sie nicht auf ihren Lohn kamen. Schon hören wir von interessierter Seite das alte Lied: „Na, dann sind die Arbeiter eben faul gewesen!“ Wir kennen die Weise. Die beste Antwort erteilen uns die Unfallzahlen der in Frage kommenden Berufsgenossenschaft, die vom Hysterie und Wühlen bei der Akkordarbeit auf den Werften ein grauenvolles Bild geben.

Wie kann sich der Werftarbeiter erdreisten, über schlechte Arbeitsverhältnisse zu klagen, wenn man ihm erklärt, die Ausschüßigung der Akkordarbeit bei Finanzgriffnahme der Arbeit und die Vereinfachung der Akkordarbeit, um das äußerst schädliche — für die Arbeiter schädliche — Sinecorderische der Akkordarbeit zu verhindern, seien Dinge, die man zwar 1907 zugelassen, aber — „Wir machen das eben nicht!“

Kein Werftarbeiter darf klagen, wenn ihm auf sein beschriebenes Ertrich, für besonders schmutzige Arbeit das übliche und zugehörige Schmutzgeld zu bezahlen, erklärt wird: zwar sei die Arbeit schmutzig, aber sie, die Arbeiter, sollten sich nur damit abfinden, billig, schnell und in Schmutz und Dreck zu arbeiten.

Es geschah wohl auch den Meisten, jugendlichen Arbeitern im Alter von 14 bis 20 Jahren, ganz recht, als man ihnen ihren erarbeiteten Lohn überließ, nicht auszahlen, weil sie unüberlegt nicht weiterarbeiten wollten, nachdem sie mit der Forderung um Erhöhung ihres Lohnes höflich abgewiesen worden waren? Zwar konnten selbst die jugendlichen Arbeiter schlüssig nachweisen, daß sich ihr Einstellungslohn trotz der Abmachungen von 1907 um 2 A nach unten hin verschoben hatte. Darum sollten sie sein, daß es ihnen schon im jugendlichen Alter vergönnt ist, unter Verhältnissen zu arbeiten, die „zu Klagen keinen Anlaß geben“. Aber die Werftarbeiter sind einseitiglos. Im Jahre 1909 erfolgten auf einer der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften angehörenden Werft Lohn- und Arbeitsreduktionen von 10 Prozent. Nie hat man gehört, daß sich die Arbeiter für diese weise Maßnahme bedankt hätten. Ja, die Arbeiter waren selbst dann noch so verblendet, über schlechte Arbeitsverhältnisse zu klagen, als man so Liebenswürdig war, selbst solche Arbeiter mit der Reduktion von 10 Prozent zu beglücken, die wegen Mangel an Arbeit nur 2 bis 3 Tage in der Woche arbeiteten.

Verblendet waren auch die Arbeiter, die ihr Arbeitsverhältnis lösten, in dem sie viele Jahre gestanden hatten, als man vereinbarte Arbeitspreise nach unten regulieren wollte.

Wie man sieht, zeigen diese wenigen aus der Masse der Beschäftigten wohllos herausgegriffenen Klagen einigermaßen deutlich, wie das Gebahren der Preisbildende des Wertunternehmens zu demerten ist, die sich nicht genug tun können, über die Gegenstandslosigkeit der Klagen der Werftarbeiter zu erlangen und die Forderungen abzuschreiben. Mögen sie dieser für ihre Auftraggeber so nützlichen Tätigkeit auch fernerhin obliegen. Wir werden nicht verfehlen, zu gegebener Zeit den Beweis für die Richtigkeit dieser und einer schier endlosen Reihe anderer Angaben über die angeblich zu „keiner Klage“ Anlaß gebenden Verhältnisse auf den deutschen Seeschiffswerften anzutreten.

Prekariat.

In voriger Nummer haben wir bereits eine Skizze wieder gegeben, mit welchen Mitteln die Forderungen der Arbeiter in der bürgerlichen Presse bekämpft werden. Von derselben Qualität ist eine weitere Einblendung in den Hamburger bürgerlichen Blättern. In dieser heißt es:

„Seit der im Jahre 1907 zwischen der Vereinigung der Seeschiffswerften und der Arbeiterorganisationen getroffenen Vereinbarung, durch die den Arbeitern familiärer Seeschiffswerften, mit Ausnahme der wehrpreußischen, außer einer Verkürzung der Arbeitszeit eine entsprechende Erhöhung der Löhne und andere wesentliche Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen zugesprochen sind, ist in den wechselseitigen Beziehungen zwischen der Gesamtgruppe und den Arbeiterorganisationen eine Störung nicht vorgekommen, obwohl es den Werften bei der schwierigen Lage des Schiffbaues in den letzten zwei Jahren nur unter Opfern möglich gewesen ist, ihre Arbeiterkraft zu beschaffen.“

Wenn nun trotz der bestehenden Abmachungen und der ungehörten Beziehungen zwischen den beiderseitigen Organisationen die Arbeiterorganisationen seit Monaten Versammlungen über Versammlungen einberufen und ihre Mitglieder schließlich zur Anerkennung der von ihnen von langer Hand vorbereiteten Forderungen getrieben haben, so kann wohl kaum ein Zweifel darüber herrschen, daß dieses Vorgehen als loyal und ehrlich nicht anzusehen ist und nicht geeignet erscheint, die im Jahre 1907 abgeschlossene Verständigung zwischen der Organisation der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu zerschlagen. Es hätten doch wohl erst die Wünsche der Organisationsleiter den Werften mitgeteilt werden müssen, ehe man zur systematischen Anpreisung der Arbeiter schritt.

Nachdem die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften die am 11. Juli dieses Jahres eingereichten Forderungen am 26. Juli dieses Jahres einmütig abgelehnt hatte, wurde seitens der Arbeiterorganisationen ein anderer Weg beschritten und auf demselben gelangt, den Werften eine Falle plumper Art zu stellen.

Am 1. August nachmittags gingen jeder einzelnen Werft in Hamburg die fernereit der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften eingereichten Forderungen in verändelter Form nochmals zu, und zwar war in einem Begleitbriefe hinzugefügt: „Ihre gefällige Antwort wollen Sie einer am 2. August bei Ihnen vorzunehmenden Kommission Ihrer Arbeiter erteilen.“ Die Werften sollten also hierdurch offenbar in den Glauben versetzt werden, daß die ihnen überreichte Kommission in Vertretung und im Auftrag der auf ihrer Werft beschäftigten Arbeiter käme, während es sich in Wirklichkeit um eine bewußte Täuschung des Deutschen Metallarbeiter-Verbands handelte, der seine Vertrauensleute zu einer Kommission der Arbeiter gekümmelt hatte, während die Arbeiter selbst diese Kommission nicht kannten. Die sogenannten Kommissionen sind dann auch erschienen und es ist ihnen mitgeteilt worden, daß nicht die einzelnen Werften, sondern nur noch die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften für die weitere Behandlung der Angelegenheit in Frage käme.“

Der Schreiber dieser Notiz und seine Auftraggeber schreien also der Meinung zu sein, die 1907 getroffenen Vereinbarungen, die nicht von allen Werften eingehalten worden, hätten für immer gelten sollen. Laß die Werften große Opfer für ihre Arbeiterschaft gebracht haben wollen, ist eine jener Redensarten, die man in der bürgerlichen Presse gelegentlich jeder Bewegung der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage lesen kann. Man kann doch nicht im Ernste behaupten wollen, daß auf den Werften bei dem plötzlichen Scheitern ihrer Arbeiteranforderungen vorgekommen sei.

Die lächerliche Tendenz der Notiz leuchtet aber aus der Bemerkung deutlich hervor, daß wieder einmal die Arbeiter von den Führern systematisch getäuscht worden seien. Dieser Führer ist im Gegensatz von den Arbeitern sehr oft der Redner des „Arbeiter“ geworden worden.

Und die Falle, in die die Unternehmer gelockt worden sein sollen! Und die Täuschung durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband, der seine Vertrauensleute zu einer Kommission der Arbeiter entsandte! Aber die Spekulation auf die Unkenntnis und Leichtgläubigkeit der Leser der bürgerlichen Zeitungen ist nicht dabei! Das Vertrauensleute der Gewerkschaft sind Arbeiter auf dem Kopf des Mannes, deren Hand doch ihre Führer, er hält also für ihre Würde, was ihm sein Lohn nicht anreißt.

Der Redner radikalistischer Lagerhaftigkeit haben die Hamburger Nachrichten erreicht. Nr. 271 vom 11. August (gewisse Tagesgabe) bringen sie dem Leitartikel, überschrieben: Der Kampf der Werftarbeiter. Die Forderungen der Arbeiter. Damit sind unsere Leser selbst davon überzeugt worden, daß bürgerliche Blätter an Verdrängung der Tatsachen zu leisten vermögen, lassen wir den Artikel ohne den letzten Absatz folgen. Dieser letzte Absatz enthält in der Hauptsache nur die bornierte Versicherung, daß die Gewerkschaften den deutschen Schiffbau als einem der Stützen der deutschen Industrie einen Schlag verzeihen wollen, der für die Erhaltung ihrer Existenz vom Lebensnerv dieser Schiffbau abhängen soll. Im übrigen aber lautet der Artikel vollständig.

Über die Forderungen der ausländischen Werftarbeiter an den deutschen Seeschiffbau haben wir schon mehrfach berichtet. Die Gewerkschaften haben es durchgängig verstanden, ihre wahren Absichten

hinter Worten zu verbergen. Diese kann man nur durch ein eingehendes Studium des genaueren Wortlautes der Forderungen erschließen; und das werden außer den Nachinteressierten nur wenige getan haben.

Gerade die Verknüpfung des Textes ermöglicht es und hat es ja auch bewirkt, daß auch in einem Teile der bürgerlichen Presse von „beachtlichen“ und „maßvollen“ Forderungen gesprochen werden konnte. In Wirklichkeit sehen diese ganz anders aus. In Nachstehendem wollen wir uns nur mit den sich auf den Lohn beziehenden Ansprüchen der Ausständigen befassen, da sie dem allgemeinen Interesse am nächsten liegen. Die anderen sind indessen nicht minder einschneidend und bringen für die Betriebe ebenso große finanzielle Nachteile. Die Forderungen wegen der Arbeitszeit, Arbeitsverteilung, Rechte des Arbeiterausschusses sollen später unter die Lupe genommen werden.

Auf den Werften wird meist in Lohnarbeit gearbeitet. Der Arbeiter bezieht zunächst einen festen Stundenlohn, zum Beispiel ein Kupferarbeiter erhält 50 A pro Stunde. Für jede einzelne Arbeit aber wird ein bestimmter Preis festgesetzt. Normalerweise braucht der Arbeiter aber nicht die diesem Preise entsprechende Arbeitszeit; er vollendet zum Beispiel ein Stück mit einem Arbeitspreis von 7 A etwa in 10 Stunden. Dann erhält er für diese Zeit seine 5 A Stundenlohn und außerdem die Differenz zwischen Arbeitspreis und Stundenlohn als sogenannten Akkordüberschuß — in unserem Falle also 2 A.

Die Akkordpreise sind überall so gestellt, daß der Akkordüberschuß im Durchschnitt etwa 30 Prozent des Stundenlohnes beträgt. Fleißige und geschickte Arbeiter erzielen jedoch leicht wesentlich höhere Wochenverdienste. Keine Stundenlohn- und reine Akkordarbeit spielen nur eine geringere Rolle auf den Werften.

Die grundlegende Lohnforderung hat nun folgenden Wortlaut: „Schaffung von Einstellungslohn für die einzelnen Berufs in der Weise, daß der bei den bisherigen Einstellungslohn erreichte Wochenverdienst auf 53 Stunden umgerechnet und der erzielte Stundenlohn um 10 Prozent erhöht wird. Die so entstehenden Einstellungslohn sind für jeden Beruf festzulegen.“

Unter Einstellungslohn werden die Stundenlöhne verstanden, zu denen die Arbeiter in das Arbeitsverhältnis eintreten; sie werden dann meist bald entsprechend den bewiesenen Fähigkeiten erhöht.

1. Die Grundlage für diese Einstellungslohn sollen die bisher erreichten Wochenverdienste bilden. Wie oben ausgeführt, besteht der Wochenverdienst aus dem festen Stundenlohn und dem Akkordüberschuß; dazu kommt zuweilen noch der Lohn für Ueberstundenarbeit nebst Ueberstundenzuschlägen. Dies bedeutet, daß schon die Grundlage der Einstellungslohn um rund 30 Prozent höher angesetzt wird als der bisherige Stundenlohn. (Mit anderen Worten für eine Zeit, für die bisher 1 A bezahlt wurde, soll zunächst 1,30 A gerechnet werden.)

2. Der bisherige Wochenverdienst soll von 56 Stunden auf 53 Stunden umgerechnet werden. Das will sagen, daß die Stundenlöhne sich weiter um $\frac{3}{56}$ — 5,66 Prozent erhöhen. Aus den oben genannten 1,30 A werden hiernächst 1,37 A.

3. Die in dieser Weise berechneten Stundenlöhne sollen schließlich um 10 Prozent erhöht werden. (So ergibt sich für die Zeit, für die bisher 1 A gezahlt wurde, ein Einstellungslohn von 1,51 A, insgesamt eine Erhöhung von 51 Prozent.)

Bei der Hamburg-Amerika-Linie wird eine Arbeitszeitverkürzung von 7 Stunden verlangt. Das Umrechnungsverfahren bedingt hier allein zu Punkt 2 eine Erhöhung um 13,2 Prozent; im ganzen erhöht sich der Stundenlohn hierdurch um 62 Prozent. Ein weiterer Nachschuß der an den Verein Deutscher Seeschiffswerften gerichteten Forderungen befragt:

„Bei Lohnarbeit wird festem Akkord ist ein bestimmter Mindestverdienst zu garantieren.“

Die später den Hamburger Werften eingereichten Forderungen drücken sich folgendermaßen aus:

„Bei Lohnarbeit wie bei festem Akkord ist ein Mindestverdienst von 33 1/2 Prozent zu garantieren.“

Dies ist etwa der Durchschnitt, der überhaupt als Akkordüberschuß erzielt wird. Wenn dieser Betrag den Arbeitern garantiert wird, so heißt das nichts anderes, daß tatsächlich fast nur im Stundenlohn gearbeitet werden soll, der um weitere 33 1/2 Prozent erhöht ist. (Für die oben genannte Zeit müßte dann also statt bisher 1 A 2,02 A oder bei der Hamburg-Amerika-Linie 2,16 A mindestens gezahlt werden, ganz gleich, ob der Arbeiter an seinem sogenannten Akkord fleißig gearbeitet hat oder nicht!)

In diesen Entwürfen hat das Blatt länger als acht Tage getrachtet. Und es wäre vielleicht nicht einmal darauf gekommen, wenn es nicht die Aufgabe der Kapitalistenblätter wäre, ihren Lesern immer neue Schandthaten der Gewerkschaften zu liefern. Das Blatt hat in den Forderungen der Arbeiter das Wort Wochenverdienst erdacht und das hat es ihm angetan. Und da Geschwindigkeit keine Gefahr ist, ver wandelt es die Forderung der Arbeiter, „daß der bei den bisherigen Einstellungslohn erreichte Wochenverdienst auf 53 Stunden umgerechnet und der erzielte Stundenlohn um 10 Prozent erhöht wird“.

Man sieht, daß die bisher erreichten Wochenverdienste bei Lohnarbeit die Grundlage für die Einstellungslohn bilden sollen. Man mag wirklich kramen über den Scherzmann, mit dem das Blatt die Forderungen der Arbeiter zu steigern verstanden hat. Man sollte dem Verfasser die Aufgabe stellen, die vierte Dimension zu entdecken. Nach seiner Schätzung in den Hamburger Nachrichten wird er auch diese Aufgabe glänzend lösen.

Ein weiteres Beispiel über die Wirkungen der geordneten Lohnarbeit wird den Führern der Hamburger Nachrichten zeigen. Wenn der Stundenlohn eines Arbeiters 50 A beträgt, so ergibt dies bei einer Wochenarbeitszeit von 56 einen Wochenverdienst von 28 A. Wird dieser Lohn auf 53 Stunden umgerechnet, so trifft im Jahreslauf zwar auf die Stunde 52 1/2 A, der Wochenverdienst auf 56 Stunden Stundenlohn von 28 A. Es handelt sich also um die zehnprozentige Erhöhung der so gewonnenen Stunden- oder Einstellungslohn, was bei unserem Beispiel 2,80 A die Woche ausmachen würde.

Man mag diese Forderung nach der Berechnung aller Lebensbedürfnisse in Frage für übertrieben erklären?

Auf die übrigen Schandthaten des Hamburger Schornsteinbrenner-Klattes eingehen, ist überflüssig. Man darf aber darauf gespannt sein, was das Blatt über die Arbeitszeit u. noch berichten wird.

Die Konjunktur im Schiffbau.

In der bürgerlichen Presse ist es geradezu als ein Verbrechen bezeichnet worden, die Arbeiter gerade jetzt „in den Streik zu heben“, da die Konjunktur ungünstig sei. Das Hamburger Echo schreibt:

„Was in der letzten Zeit an Aufträgen für die verschiedenen Werften bekannt geworden ist — und was eher Auftrag ist noch von den Werften mit Rücksicht auf den drohenden Streik verheimlicht worden — beweist das Gegenteil.“

Der Bericht des Blohm & Voß ist Anfang April der Bau eines großen Kreuzers übertragen worden, der vierte einer Klasse, von der der Kreuzer „Stolle“ am 7. April dem Stapel lief und von der „Lama“ Ende Mai abgeliefert wurde. Es sind noch zu bauen: zwei Kreuzer, ferner für die Hamburg-Amerika-Linie ein großes, nach dem Schema der Dreimastoren betriebenes Schiff, welches für die Fahrt zwischen Hamburg und New York-Hilabelphie bestimmt ist und zwischen 3000 und 4000 Tons Leistung nimmt. Außerdem ist noch für die Hamburg-Amerika-Linie ein großes Doppeldeckerschiff, ein „General“, fertiggestellt, der am 14. Lager dem Stapel lief und noch einige

kleinere Dampfer, abgesehen von den vielen Reparaturen, die fortlaufend an Dampfern vorgenommen werden müssen.

Von der Vulkanwerft in Hamburg ist bekannt geworden, daß dort für die Hamburg-Amerika-Linie ein über 800 Fuß langer, 45 bis 50 000 Tons großer Passagier- und Frachtdampfer gebaut wird, der in diesem Frühjahr bestellt wurde. Auch ist dort das Linienschiff „Erlak Helmbold“ im Bau. Hierbei sei gleich auf eins hingewiesen. Das Fremdenblatt schrieb in Nr. 182: „Wenn von Ueberstunden, die auf hiesigen Werften vorkämen, Me Rede gewesen ist, so wird uns dazu mitgeteilt, daß es sich dabei höchstwahrscheinlich um die hiesige Filiale der Vulkanwerft handelt, die beabsichtigen wolle, bei dem Bau des Linienschiffes „Erlak Helmbold“ einen Rekord zu schaffen.“ Also nur um einen Rekord aufzustellen, müßten die Arbeiter überhunden auf Ueberstunden machen, werden sie strukturell ausgebeutet. Und wehren sie sich dagegen, wollen sie die unumgängliche Ueberstundenwirtschaft eindämmen, indem sie für Ueberstunden und Sonntagsarbeit höhere Bezahlung fordern, so nennt man sie feige, ja vergleicht sie mit Einbrechern.

Janssen & Schmilinsky ist im März von der hiesigen Bugierfirma Tiedemann und Bauis & Blohm, Aktiengesellschaft, der Bau eines neuen Schlepptampfers übertragen. Das Schiff wird 20 Meter lang und soll eine Maschine von 300 indigierten Pferdekraften erhalten. Die Lieferung des Schiffes soll im Monat September dieses Jahres erfolgen. Mitte April ist der Werft von der Ewerjührerfirma Gehmann der Bau eines Schlepptampfers übertragen, der 52 Fuß 6 Zoll lang, 15 Fuß 9 Zoll breit und 7 Fuß 9 Zoll tief werden soll; der Tiegang soll 7 Fuß betragen. Auf derselben Werft soll für Afrika ein Barkassenschiff zum Schleppdampfer werden; ferner für eine Firma in Portugal ein Schleppdampfer, 24 Meter lang, 5,55 Meter breit und 3,10 Meter tief, und ein Leichter aus Stahl von 100 Tons Tragfähigkeit.

Die Reichert'sche Schiffswerft und Maschinenfabrik hat Ende April von der Reederei Ab. Woermann den Auftrag bekommen, einen 4500 Tons lastfähigen Dampfer zu bauen. Das Schiff soll 105,4 Meter lang, 13,36 Meter breit und 7,78 Meter tief werden. Es soll eine vierfache Expansionsmaschine von 1450 Pferdekraften erhalten. Mitte Juni ist von derselben Reederei der Bau eines großen Frachtdampfers in Auftrag gegeben. Für die Hafenampfschiffahrts-Aktiengesellschaft sind mehrere Dampfer für den Follenführerbetrieb im Bau.

Der Werft von Wichorff ist von der Reederei Johannes Thode & M. Ebelingen der Bau eines neuen Frachtdampfers übertragen. Die Lieferung des Schiffes soll noch in diesem Jahre erfolgen. Für die Hafenampfschiffahrts-Gesellschaft ist noch ein Frachtdampfer im Bau. Ende Juli ist der Werft noch der Auftrag erteilt worden, für die Sektion für Strom- und Hafenbau einen Dampfer von 16 1/2 Meter Länge, 4,35 Meter Breite und 2,40 Meter Seitenhöhe zu bauen. Das Fahrzeug soll eine 140pferdige Maschine bekommen.

Nach auch bei den Werften in Bremen, Geestemünde, Stettin, Kiel, Flensburg etc. ist die Konjunktur günstig. Die Werft in Bremen baut ein Linienschiff und zwei Kreuzer, Schiffbau in Danzig hat zwei Linienschiffe, „Dullar“ in Stettin einen Kreuzer, die Gohwaldwerke in Kiel zwei Linienschiffe und ein großes Schpinndock, die Germaniawerk einen Kreuzer und ein Linienschiff im Bau. Mitte Juni hat die Hamburg-Bremer Afrika-Linie der Werft Aktiengesellschaft Weizer den Bau eines neuen Frachtdampfers in Auftrag gegeben. Das Schiff soll eine Tragfähigkeit von 4500 Tons besitzen.

Dem Bremer Vulkan bestellte kürzlich die Dampfmaschinenfabrik „Argo“ zwei Frachtdampfer für ihre englischen Linien. Die Dampfer erhalten eine Geschwindigkeit von 12 1/2 Meilen und sollen bis zum Juli nächsten Jahres geliefert werden. Die Hamburg-Amerika-Linie, welche kürzlich dem Bremer Vulkan einen 8000 Tons-Dampfer für die Ostasienfahrt in Auftrag gab, hat jetzt zwei weitere Neubauten in derselben Größe in Bau gegeben, die ebenfalls für die ostasienische Fahrt bestimmt sind. Der eine Dampfer wurde der Flensburger Werft überwiesen und den andern erhielt die Werft J. E. Leddenborg, Aktiengesellschaft in Geestemünde. Die Deutsch-Anhaltische Dampfmaschinenfabrik, so wurde Mitte Juni gemeldet, läßt auch den bereits in Auftrag gegebenen Neubauten noch weitere vier große Frachtdampfer erbauen. Hierzu sollen zwei Schiffe auf der Flensburger Schiffbauwerft, eines auf der Werft von J. E. Leddenborg in Geestemünde und eins in Newcastle an Lüne hergestellt werden. Die Dampfer sollen je einen Raumgehalt von 9 bis 10 000 Tons besitzen. Ferner hat Ende April die Vereinigte Bugier- und Frachtschiffahrts-Gesellschaft zu Hamburg der Werft von J. E. Leddenborg in Geestemünde den Bau eines größeren Hochseeschlepptampfers in Auftrag gegeben, der eine Maschine von 750 Pferdekraften haben soll. Die Anglo-Continental Kohlenverehrung vormals Rud. Kettig in Hamburg und die Schwedische Maschinenfabrik in Stettin lassen sich auf der Werft der Stettiner Oberwerke zwei große Frachtdampfer erbauen, die noch in diesem Jahre in Betrieb genommen werden sollen.

Und nun zum Schluß noch eine Aufstellung des Fremdenblattes über die Neubauten der Hamburg-Amerika-Linie: Die vier vor sechs Monaten bestellten Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie, von denen einer bei John Brown, zwei bei Harland & Wolff und einer beim Bremer Vulkan in Begegnung im Bau sind, sollen in den letzten Monaten dieses oder den ersten beiden Monaten des nächsten Jahres zur Ablieferung kommen. Sie sind bekanntlich alle für die Fahrt zwischen Hamburg und dem fernem Osten bestimmt. Außer diesen acht Dampfern hat die Hamburg-Amerika-Linie ein kleineres Schiff bei der Kölner Filiale von Gebrüder Sachjen im Bau. Für die ungeheure Größe des Riesen Schiffes der Hamburg-Amerika-Linie, das auf der Vulkanwerft in Hamburg gebaut wird, ist bezeichnend, daß alle eben erwähnten neun Dampfer zusammen die Brutto-Registertonnage des Mammutschiffes nur um ein Geringses überschreiten.“

Über die Beschäftigung im Kriegsschiffbau

Kommen nach einer Aufstellung der Weferezeitung nicht weniger als 9 Linienschiffe, 3 Linienschiffskreuzer, 6 kleine Kreuzer und 15 Torpedoboote in Frage, abgesehen vom Bau von Unterseebooten sowie von Reparaturarbeiten. Nicht beachtet werden durch die Bewegung die den Reichswehr übertragenen Bauten: 2 Linienschiffe (in Kiel „Erlak Helmbold“ auf der Seling, in Wilhelmshaven „Offrieland“ im Ausbau) und 2 kleine Kreuzer (in Kiel „Augustburg“ im Ausbau, in Wilhelmshaven „Erlak Condor“ in Vorbereitung) sowie Unterseeboote auf der Danziger Marinewerft. Alle übrigen Schiffsbauten haben Privatwerften in Auftrag. Die Struppische Germania werft in Kiel hat mit den Vorbereitungen für den Bau des Linienschiffes „Erlak Din“ begonnen, bereitet den kleinen Kreuzer „Ebla“ für die Probefahrt vor und baut 6 Torpedoboote sowie 2 Unterseeboote, von denen „U 7“ am 28. Juni zu Wasser gelassen wurde. Gohwaldwerke in Kiel sind mit dem Ausbau des Linienschiffes „Seigoland“ beschäftigt und haben das Linienschiff „Erlak Eagen“ auf Stapel gelegt. In gleicher Weise hat die Schichauwerft in Danzig mit dem inneren Ausbau des am 30. Juni zu Wasser gebrachten Linienschiffes „Oldenburg“ begonnen und den Linienschiffbau für „Aegir“ in Angriff genommen. In Stettiner Vulkan hat von größeren Kriegsschiffen nur den Erlakburg für den kleinen Kreuzer „Falle“ für den Stapelauf fertigstellen sowie sechs Torpedoboote zu bauen, während auf der Schichauwerft Ebing die Torpedoboote „S 177/179“ des vorigen Jahres ihrer Vollendung entgegen gehen. Von den Nordseewerften sodann ist die von Blohm & Voß in Hamburg am nächsten beschäftigt. Sie hat drei Linienschiffskreuzer zu bauen, von denen „Wolke“ am 7. April zu Wasser gebracht wurde und nunmehr im inneren Ausbau fertigstellen ist

der auf der Bauhelling befindliche Neubau „H“ im nächsten Frühjahr seinem Element zu übergeben und der Wert in diesem Frühjahr übertragene Neubau „J“ in Angriff genommen ist. Der Hamburger Vulkan hat den Vinienschiffbau für „Seimdall“ seit dem Vorjahr auf der Helling, während die Weserwerkstatt in Bremen das Vinienschiff „Schüringen“ fertigzustellen und von den Erzhäuten für die kleinen Kreuzer „Duffard“ und „Cormoran“ erlösen für den Stapellauf fertigzustellen, letzteren in Angriff genommen hat. Von den größeren Bauten sind zur Fertigstellung zu bringen die Vinienschiffe „Selgoland“, „Ostfriesland“, „Schüringen“ 1911, „Oldenburg“ und die Erzhäuten für „Silberbrand“ und „Seimdall“ 1912, die Erzhäuten für „Hagen“, „Regis“ und „Odin“ 1913; von den Vinienschiffkreuzern „Mollte“ 1911, „H.“ 1912, „J.“ 1913; von den kleinen Kreuzern „Edin“ und „Augsburg“ in diesem Jahre, die Erzhäuten für „Duffard“ und „Salte“ 1911, die für „Cormoran“ und „Condor“ 1912.

Betriebsstatistik über den Schiffbau.

Die Berufszählung vom Jahre 1907 ergab für den deutschen Schiffbau folgende Zahlen:

	1895	1907	1907 mehr oder weniger gegen 1895 in Prozent
Erwerbstätige im Hauptberuf	22731	46253	+ 103,4
Gesamtzahl der Personen im Beruf	23052	46702	+ 102,5
Zahl der Unternehmer im Hauptberuf	1068	1060	- 0,7
Zahl der technischen Beamten und Aufsichtspersonen im Hauptberuf	914	3609	+ 292,2
Zahl der gelernt. Arb. im Hauptberuf	10014	15698	+ 56,7
Zahl d. ungelern. =	10102	23408	+ 131,7

Es werden jetzt fast ebensoviele Personen im Schiffbau tätig sein wie 1907. In der Presse wird nun geäußert, bei einer vollständigen Betriebsstellung der privaten Schiffswerften kämen 40000 Arbeiter in Frage. Die Kaiserlichen Werften und die Werften im Binnenlande scheiden aber bei der Bewegung aus, so daß die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten wesentlich niedriger sein wird als 40000.

Der Zugang von Werftarbeitern aller Art ist nach den Schiffswerften streng fernzuhalten.

Die Durchführung der Hüttenarbeiter-Schutzverordnung nach den Berichten der Fabrikinspektoren.

VI.

Bezirk Wiesbaden. — Lange Überarbeit. — Mehr als 5 Stunden Pausen? — Bezirk Koblenz. — Reunzig Überstunden im Monat. — Bezirk Köln. — Schichtdauer von 13 Stunden. — Hundert Überstunden. — Verletzung der Regierung? — Ein hübsches Momentbild.)

Im Regierungsbezirk Wiesbaden fallen ein Hochofenwerk, ein Röhrenwalzwerk, zwei Puddel- und Walzwerke und ein Hammer- und Preßwerk unter die Verordnung. Einige Werke mochten anfangs statt des Ueberstundenverzeichnis lieber Auszüge aus den Lohnlisten nach vorgeschriebenem Muster entnehmen. Bei näherer Prüfung ergab sich aber, daß dadurch kaum eine Verminderung der Schreibarbeit erreicht werden würde. Den ununterbrochenen Betrieb mit 12stündigen Sonntags-Wechselschichten kennt man im Bezirk nach dem Bericht nur in dem Hochofenwerk.

Die Prüfung der Ueberarbeitsverzeichnisse des Röhrenwalzwerks ergab, daß einzelne Arbeiter bis zu 10 Stunden Ueberarbeit machten. Da die Arbeiter teilweise weit von dem Werke entfernt wohnen, so blieben sie in solchen Fällen bis zum Beginn der nächsten Schicht auf der Hütte, so daß sie tatsächlich 36 Stunden hintereinander dort waren. Die Betriebsleitung wurde von dem Gewerbeinspektor auf die Unzulässigkeit solcher langer Ueberarbeit aufmerksam gemacht, und für den Wiederholungsfall wurde ihr Strafandrohung angedroht. Infolgedessen sind später nur noch bei solchen Arbeiten, die in Notfällen oder zur Wiederaufnahme des vollen werktätigen Betriebes nach den Sonn- und Festtagen vorgenommen werden müssen, Ueberarbeit über vier Stunden hinaus statt. Auch in den übrigen Werken wurden anfangs einzelne Arbeiter über die gesetzlich zulässige Zeit hinaus beschäftigt. Nachdem aber die Betriebsleiter deswegen verwahrt und auf die betreffenden Bestimmungen aufmerksam gemacht worden waren, wurden solche Ueberarbeitsverzeichnisse nicht mehr festgestellt.

In dem Hochofenwerk, dem Preß- und Hammer- und dem Röhrenwalzwerk finden einstufige Hauptpausen statt, in den beiden Puddel- und Walzwerken hingegen nur dreiviertelstündige für die an dem ununterbrochenen Betrieb beteiligten Arbeiter. Höchst löbliche Angaben finden wir im Bericht für den Bezirk Wiesbaden wieder einmal über die Dauer der Pausen, die sich tatsächlich infolge der Art der Arbeit ergeben. Es sollen eingehende Erhebungen darüber vorgenommen worden sein. Im Bericht heißt es weiter:

„Diese Pausen betragen insgesamt ohne Anrechnung der Unterbrechungen, die weniger als eine Viertelstunde dauerten, in dem einen Puddel- und Walzwerk bei den Puddel- und Schweißöfen, den Puppenwalzen und den Walzenstrahlen mehr als 5 Stunden, in dem andern Werk bei den Puddelöfen (Malschmelzen) etwa 2 1/2 bis 3 Stunden, bei den Puppenwalzen, den Hämmern und den Grobstrahlen etwa 4 Stunden, bei der Feinstabe 2 1/2 bis 3 1/2 Stunden.“

Die Einhaltung der achtstündigen Ruhezeit bereitet keine Schwierigkeiten. Wieso nicht? Weil wieder das Süßmittel der wackernden Schicht herangeführt wird. Bei all diesen Mitteln über die Einhaltung der wackernden Schicht kann man immer annehmen, daß die vorgängige Schicht der betreffenden Arbeiter überaus lang war. In sehr vielen Fällen wird die Vorshift 24 Stunden lang gebaut haben. Das ist aber doch nicht mehr eine Schicht, sondern es sind deren zwei. Und zwischen zwei Schichten müssen acht Stunden Ruhe liegen. Ausgenommen sind nur die Sonntagswechselschichten und „Notfälle“. Die in der Nähe Schicht und die davor liegende überlange Schicht sind ein fortwährender Soja auf die Bundesratsverordnung.

Dann wird noch über 38 Notfälle berichtet, für die die Bestimmungen über Mindestruhezeiten keine Anwendung fanden. Die große Zahl läßt darauf schließen, daß der Begriff „Notfall“ zu weit gefaßt wurde.

Im Regierungsbezirk Koblenz fallen 13 Hochofenwerke unter die Bestimmungen der Bundesratsverordnung, indes waren fünf Werke zeitweise außer Betrieb. Eine Röhrgießerei und ein Stahlwerk sind mit je einem der Hochofenwerke verbunden. Ferner fallen unter die Verordnung ein Schweißblechwalzwerk und drei mit Walzwerken verbundene Stahlwerke. Das zu einem dieser Stahlwerke gehörige Feinblechwalzwerk mit 260 Arbeitern hat einen dreischichtigen Betrieb.

Entgegen dem Urteil anderer Aufsichtsbeamten wird im Bericht für den Bezirk Koblenz erwähnt, daß für die Gewerbeinspektion die Ueberarbeitsverzeichnisse praktischer erscheinen und deshalb der Antrag eines Werkes auf Gewährung einer Ausnahme durch Einleitung von Auszügen aus den Lohnlisten abgelehnt wurde.

Allgemein herrscht nach die Zwölftwunderschicht, nur für die eigentlichen Walzwerker in dem Feinblechwalzwerk ist die Achtstundenschicht eingeführt.

Die geringste durchschnittliche Ueberarbeitsdauer findet sich bei den Arbeiter in der Hütte. Erwähnt wird, daß überhaupt nicht die eigentlichen Hochofen-, Stahlwerks- und Walzwerksarbeiter am längsten und häufigsten Ueberstunden zu machen hätten, sondern

die Reparaturarbeiter. In einem Stahlwerk haben einzelne Reparaturarbeiter bis zu 90 Ueberstunden in einem Monat geleistet. Der ungenügende Lohn wird als teilweise Ursache der vielen Ueberstunden angeführt:

„Nicht selten werden solche Ueberstunden auf Wunsch der Leute vom Meister gestattet, um den Arbeitern mehr Verdienst zuzuwenden (und um zu vermeiden, daß der Stunden- oder Schichtlohn erhöht werden muß) fügen wir hinzu. X.). Sodann findet man nach viel fünfstündige Ueberarbeit, und zwar Sonntags; sie ist um 11 Uhr beendet und ergibt einen willkommenen Zuschuß zum Wochenlohn.“

Die Hauptpause soll „ziemlich regelmäßig“ eine Stunde betragen, die Gesamtpausendauer soll reichlich sein, bis fünf Stunden! Dreimal wurde die Anrechnung von Pausen auch unter einer Viertelstunde gestattet. In einem Falle soll die Ausnahme „demnach“ zurückgenommen werden können, da für die Kesselwäcker dreischichtiger Betrieb eingeführt worden ist.

Die Beschränkung der Pausen auf eine Stunde wurde für 60 Arbeiter gestattet, da für diese Leute die Elftundenschicht eingeführt wurde.

Die Betriebsarbeiter, welche beim Schichtwechsel für schlafende Leute einspringen und eine halbe oder ganze Ueberarbeit machen müssen, pflegen danach im allgemeinen die vorgegebene achtstündige Ruhezeit einzuhalten, da für sie alsdann ein Ersatzmann eingestellt wird. Dagegen haben manche Reparaturarbeiter des Mehrverdienstes wegen das Bestreben, nach einer ganzen Ueberarbeit von 12 Stunden ohne Ruhezeit auch noch die folgende regelmäßige Schicht durchzuarbeiten. So hat zum Beispiel ein Maurer in 48 Stunden 35 und 36 hintereinander gearbeitet, das heißt es sind ihm Arbeitsstunden in dieser Höhe vergütet worden. Dazwischen liegen natürlich längere Ruhepausen; aber die Arbeiter verlassen das Werk nicht, weil die Stunden nach dem Kontrollapparat berechnet werden. Diese Reparaturarbeiter haben sich anfänglich geweigert, eine Reparatur in Ueberarbeit auszuführen, wenn sie nicht die zweite regelmäßige Schicht durcharbeiten dürften, weil sie den Verdienst für diese Schicht nicht verlieren wollten. Derartige lange Arbeitszeiten werden selbstverständlich nicht mehr gebildet.

Im Regierungsbezirk Köln findet die Bekanntmachung Anwendung auf zwei Hochofenwerke, von denen eins außer Betrieb war, eine Röhrgießerei, ein Stahlwerk, ein Puddelwerk, drei Hammerwerke und sieben Walzwerke. Der Inhaber der Röhrgießerei wollte sich den Forderungen der Schutzverordnung nicht anpassen, er mußte aber. Hingegen wurden die großen, mit Hammer- und Preßbetriebsanlagen ausgestatteten Schmieden einiger Maschinenfabriken den Hammer- und Preßwerken nicht zugerechnet.

Die meisten Werke beabsichtigten anfangs, statt der Ueberarbeitsverzeichnisse Auszüge aus den Lohnlisten einzureichen, sie ließen diese Absicht aber wieder fallen, da sich ergab, daß dann die Schreibarbeit noch größer sein würde. In den weitaus meisten Betrieben des Bezirks ist die 12stündige Arbeitsschicht eingeführt, zwei Betriebe sind zu 11 1/2stündigen Schichten übergegangen und in zwei Betrieben leistet noch eine Anzahl Tagelöhner täglich 13stündige Schichten. Von den 3486 Arbeitern werden 5 Prozent 11 1/2 Stunden, 84 Prozent 12 Stunden und 11 Prozent 13 Stunden in einer Schicht beschäftigt. Etwa 40 Prozent der Arbeiter sind in regelmäßigen Tag- und Nachtschichten beschäftigt.

Sehr befremdend ist die Mitteilung im Bericht über den Kölner Bezirk, daß der Ueberarbeit in verhältnismäßig seltenen Fällen die Absicht zugrunde liege, die Produktion zu steigern. Wir nehmen im Gegenteil an, daß in den allermeisten Fällen die Absicht der Produktionssteigerung mit maßgebend bei dem Ueberstundenverlangen ist. Wird doch der behauptete Produktionsausfall wiederholt von dem Aufsichtsbeamten anderer Bezirke als Grund mit angeführt, daß die Hüttenherren der Bundesratsverordnung gar nicht gewogen sind. Wir glauben nicht, daß die Verhältnisse im Kölner Bezirk anders liegen als wie in den übrigen Gebieten.

In einem Hämmerwerk, in dem zu Zeiten eine Walzenstraße unbesetzt ist, wurde einmal ein Uebereinandergreifen von Schichten beobachtet, derart, daß die beginnende Schicht ihre Arbeit an einer unbesetzten Straße aufnahm, während die alte Schicht noch einige Zeit an ihrer Straße fortarbeitete.

In einem Betriebe mit 13stündiger Schicht ist es mehrfach vorgekommen, daß Arbeiter in einem Monat 40, ja 60 Ueberstunden an Wochentagen und daneben noch 30 oder 25 Arbeitsstunden an Sonntagen geleistet haben. In einem anderen Betriebe mit 12stündiger Schicht haben mehrfach Arbeiter in einem Monat 80 und zwei Arbeiter sogar 100 Ueberstunden an Wochentagen im Monat gehabt.

Genehmigungen zur Anrechnung von Unterbrechungen der Arbeitszeit von weniger als einer Viertelstunde sind nicht beantragt worden. In einem Hämmerwerk ließ nach dem Bericht die Verlängerung der Vor- und Nachmittagspausen von einer Viertelstunde auf eine halbe Stunde auf großen Widerstand bei den Arbeitern, die damit eine Verringerung ihres Verdienstes erlitten. Die Löhne hätten eben entsprechend erhöht werden müssen.

Geradezu wunderbar ist die Mitteilung, daß nach Inkrafttreten der Schutzverordnung nicht nur die meisten Betriebe Gesuche an den Regierungspräsidenten richteten, die Hauptpause auf eine halbe Stunde abfürzen zu dürfen, sondern auch solche Werke, die bis dahin schon eine einstufige Hauptpause gewährt hatten! Es scheint, daß diese Werke die Regierung und ihre gloriosen „Schutzmaßnahmen“ regelrecht verurteilten wollten.

Im ganzen sind für einzelne Betriebsabteilungen von sechs Anlagen Ausnahmen zugelassen worden, und zwar wurde im allgemeinen für die Arbeiter an den Puddel-, Martin-, Schweiß- und Wärmöfen, an den Generatoren, Dampfkefeln, Zentrallen und Walzenstrahlen eine Verletzung der Mittags- oder Nachmittagspause auf drei Viertelstunden, an den Öfen mit doppelter Heizung ihre Verletzung auf eine halbe Stunde gestattet. Alle diese Maßnahmen sind zunächst nur für die Zeit eines Jahres bewilligt worden. Wo sich zur Erzielung der vorgeschriebenen Pausen die Einstellung von Arbeitskräften nötig machte, wurde gefordert, daß die Arbeiter im Lande seien, alle vorzuziehenden Verfügungen mit Sicherheit zu übernehmen. Außerdem mußte verlangt werden, daß die Maschinen, Kesselwäcker, ersten Schmelzer, ersten Gussstocher und Walzer während der Pausen in der Nähe verbleiben, um gegebenenfalls sofort Hilfe leisten zu können. Um den Arbeitern trotzdem die nötige Erholung zu gewähren, sind in den Werken selbst, nahe der Arbeitsstätte, Waschvorrichtungen, Schränke und Tische geschaffen worden.

Im Bericht stoßen wir dann wieder auf die „liegende“ Schicht bei mehr als vier Stunden Ueberarbeit. „Wo dies (die Verletzung der nächsten Schicht) nicht angängig war, kam es einigemal vor, daß Arbeiter trotzdem zur regelmäßigen Schicht antreten. Um unzulässig zu vermeiden zu vermeiden, wurden sie von den Unternehmern nicht zurückgewiesen, sondern nur verwahrt.“

Das ist ja eine ganz sonderbare Art, die Durchführung der Schutzverordnung zu erwirken. Statt daß der Unternehmer der gegen die Bestimmungen handelt, bestraft wird, verwahrt der Unternehmer die Arbeiter und läßt sie ruhig unmeniglich und gewalttätig weiterarbeiten. Ein hübsches Momentbild!

Zur Einwanderungsfrage.

Der Internationale Arbeiterkongress zu Stuttgart verlangte in einer Resolution neben anderen Schutzmaßnahmen für die Auswanderer auch besonders: Abschaffung aller Schranken, welche bestimmte Rassen und Nationalitäten vom Aufenthalt in einem Lande ausschließen. Obwohl die Einwanderungsfrage nicht auf der Tagesordnung des nächsten Internationalen Kongresses steht, ist es doch leicht möglich, daß sie von den amerikanischen Delegierten angeschnitten wird. Diese Möglichkeit läßt es geraten erscheinen, diese für einen internationalen Arbeiterkongress überaus wichtige Frage hier zu erörtern.

Seit der Zeit, wo die Stuttgarter Resolution gefaßt wurde, sind drei Jahre ins Land gegangen. Es ist wohl nun an der Zeit, zu fragen: Sind irgendwo Versuche gemacht worden, sie zu realisieren oder auch nur zu propagieren? Oder sind Anzeichen vorhanden, die erkennen lassen, daß sich der Gang der Dinge in der Richtung der Resolution bewegt?

Die Forderung: Beseitigung aller die Einwanderung hemmenden Schranken, hat heute hauptsächlich nur für Amerika und einige englische Kolonien praktische Bedeutung. Und hier scheint es nicht gerade, als ob die öffentliche Meinung den Weg ginge, den die Resolution vorgezeichnet. Im Gegenteil: In Amerika und in den englischen Kolonien wendet sich das arbeitende Volk, die organisierte Arbeiterschaft entschieden gegen die Einwanderung niedriger stehender Rassen. Seit Stuttgart haben wir in Vancouver (Kanada) und Australien Demonstrationen gegen die asiatische Einwanderung gehabt, in Marseille haben sich die organisierten Seeleute mit letzter Energie gegen die Einstellung afrikanischer Arbeiter gewandt, in amerikanischen Westen ist die antikoloniale Bewegung noch allgemeiner und viel stärker geworden. In Amerika, wo seit dem Jahre 1882 (und 1885) ein Ausschlußgesetz gegen die Chinesen besteht, denkt niemand im Ernste daran, die Beseitigung dieses Gesetzes zu fordern, auch kein Sozialdemokrat. Wollte jemand in Amerika, sagen wir in San Francisco, die Beseitigung aller die Einwanderung hemmenden Schranken, also die Forderung der Stuttgarter Resolution propagieren, so läte er gut, sich vorher zu vergewissern, daß keine Bestenfälle in der Nachbarschaft sind. Die Bewegung gegen die asiatische Einwanderung nimmt zu. Gewiß werden die Forderungen der kanadischen und australischen Arbeiter auf radikalere Schutzmaßnahmen gegen die „gelbe Arbeit“ keinen Erfolg haben, wenigstens vorläufig nicht. Solange England einen Vertrag mit Japan hat, wird es (in seinen Kolonien) unfreundliche Maßnahmen gegen seinen Bundesgenossen nach Möglichkeit hintanzuhalten suchen. Anders wird es werden, wenn dieser Vertrag abgelaufen ist. Aber Wahrscheinlichkeit nach wird er (im Jahre 1915) nicht mehr erneuert werden. Das allerneueste Abkommen zwischen Rußland und Japan, von dem merkwürdigerweise die Diplomaten aller Nationen recht günstig sprechen, wird eine andere Gruppierung der Mächte im Stillen Ocean erzwingen.

Die höchsten Schranken gegen asiatische Einwanderer haben die Vereinigten Staaten. Das Chinesen-Ausschlußgesetz war das Resultat einer langen und stürmischen Bewegung. Die Antipathie gegen die Söhne des Reiches der Mitte war damals so stark, daß selbst ihre Deportierung beschlossen wurde. Die Ausführung dieses Beschlusses (Geary Act) mußte vom 53. Kongress aufgehoben werden, weil für die Fortschaffung der Chinesen, die an die sechs Millionen Dollars gekostet hätte, nur zwanzigttausend Dollars im Budget eingestellt worden waren. Da es dabei blieb, so hatte man sich mit dem nun einmal vorhandenen Hunderttausend Chinesen wohl oder übel abzufinden. Schließlich schrie auch die „gelbe Gefahr“ abzunehmen. Während die weiße Bevölkerung fortgesetzt stieg, blieb die chinesische stabil, wenn sie nicht gar abnahm. Innerhalb der Chinesenstadt wuchs eine neue Generation heran, mit der leichter Verbindungen anknüpfen werden konnten; es konnte mit größerer Energie, weniger Knechtlichkeit und mehr Aussicht auf Erfolg an die Sondierung und Sanierung des „gelben Hausens“ gegangen werden. Die „gelbe Gefahr“ schien beseitigt. Wenigstens für kurze Zeit. Bald aber klopfen an Stelle der durch Gesetz ferngehaltenen Chinesen andere aus Asien kommende „unerwünschte Bürger“ an das Hintertor des Reichs Sam: die Japaner. Auch diese brachten neben anderen asiatischen Eigenschaften chinesische Gemütsart, aber mehr aktive Laftart, unübertrefflichen Chauvinismus mit, vollzogen sich ebenfalls zusammen, zogen aus der landwirtschaflichen Vereinigung wirtschaftliche Macht und zögerten auch nicht, aggressiv vorzugehen. Wer mit ihnen in geschäftliche Berührung kommt, klagt sie der Unbereitschaft an, die Bauern fluchen über ihre Konkurrenz, die weissen Arbeiter hoffen sie, weil sie sich von der „gelben Arbeit“ in ihrem Brot bedroht sehen. So entstand bald wieder eine anti-asiatische Bewegung, deren erste Forderung die Ausbehnung des Chinesen-Ausschlußgesetzes auch auf die Japaner, auf alle Angehörigen der mongolischen Rasse verlangt.

Die Ursachen dieser Bewegung liegen auf ökonomischem Gebiet, dann aber auch auf moralischem und politischem. Von ihrer Stärke, Intensität und Brutalität kann man sich in Deutschland nur schwer einen Begriff machen. Dort, in San Francisco, stehen in der Asiatic Exclusion League Landwirte, Geschäftleute und vor allem die Gewerkschafter als Feinde der japanischen Einwanderung einträchtig zusammen; auch die Rasse der Mitglieder der sozialistischen Partei steht der japanischen Einwanderung entgegen feindlich gegenüber. Im sozialistischen Hauptquartier, der Equality Hall, fand ich mehr auf allen Ecken kleine anschlagfertige Plakate liegen, worauf in roter Schrift zu lesen war: Feuer die Japaner!

In Deutschland wäre eine von einer so intensiven Einwandererfeindschaft getragene Bewegung, wie die Ausschlußfrage ist, nach Lage der Verhältnisse nicht möglich. Wohl ist auch in deutschen Industriebezirken Mißmut gegen slawische, polnische und italienische Einwanderer und an der Wasserfront Widerstand gegen die Verwendung von Chinesen auf den Dreemastern vorhanden, aber er ist nicht zu jenem Maß, zu der Brutalität wie in Kalifornien geübt, und er kann nicht dazu geüben, weil hier die Gegensätze zwischen Einwanderern und Einheimischen viel geringer sind als zwischen Asiaten und Amerikanern. Der letzte Wallache, Pose oder Siglischer verlangt immer noch ein Stück Fleisch, noch ein Bett zum Schlafen und ein Glas Bier. Der Asiate schläft auf dem Boden, mit ordinärem Reis sind seine leiblichen Bedürfnisse bedient, und wenn er dazu noch ein Stückchen Fisch haben kann, fühlt er sich schon glücklich wie der Wladi. Die Lebensbedürfnisse des letzten einwandernden Sizilianers oder Wallachen mögen noch so gering sein, sie sind doch immerhin noch unendlich höher als die des asiatischen Arbeiters.

Am liebsten es nahe, zu behaupten: die neuen Verhältnisse werden den asiatischen Einwanderer bald auf eine höhere Kulturstufe bringen, werden ihn seine Bedürfnislosigkeit und dergleichen bald ablegen, den Standard der geistigen und leiblichen Bedürfnisse und Forderungen der amerikanischen Arbeiter erreichen, annehmen heißen. Diese Behauptung mag vollkommener zutreffen, wo es sich um Menschen, um Rassen mit nicht allzu großen Differenzen in Kultur handelt, komme aber Rassen mit großen Unterschieden in Frage, je

ist die (neue) Umgebung als zur Anpassung zwingender Faktor ziemlich schwach; dann können nur große Zeiträume diese Differenzen ausgleichen, wenn es überhaupt möglich ist. Die Beweise für das Gesagte kann man in Pittsburg, dem modernen Vabel, und am Goldenen Tor auf der Straße finden.

Auf das Klassenproblem, wie es sich in den Vereinigten Staaten präsentiert, soll hier nicht eingegangen werden. Immerhin soll noch gesagt werden, daß man in der amerikanischen Industrie, wo auf engem Raume, an einer Werksbank, Metallarbeiter, Mexikaner, Chinesen und weiße Einwanderer zusammenarbeiten, eine selten gute Gelegenheit hat, zu beobachten, in welchem Zeitmaß und nach welcher Richtung die Umgebung auf das Tun und Denken der verschiedenen Klassen wirkt. Es ist recht interessant, dort zu sehen, wie halb, man möchte fast sagen mit jedem Schlag, der weiße Einwanderer, und läme er aus der dunkelsten Ecke Europas, dem Standard der amerikanischen Arbeiter näherkommt, während bei seinem schwarzen, gelben oder braunen Klassengenossen und Arbeitskollegen der Druck der neuen Umgebung äußerst gering, fast gar nicht zu merken ist. Und daran ändert auch eine (bessere) Schulbildung wenig. Wir will überhaupt scheitern, als ob man allgemein der Schulbildung als nivellierenden Faktor der Klassenunterschiede eine zu hohe Bedeutung beimesse.

Auch der amerikanische Arbeiter weiß, daß die neue Umgebung dem asiatischen Kuli keine Behörigkeitslosigkeit und andere Eigenschaften gleicher Güte vielleicht einmal vergessen machen heißt, aber er fürchtet, daß, bis es soweit kommt, er und seine Nachkommen längst gestorben und begraben und verfauldet seien. Gewiß hält er sich den Ästeten körperlich und geistig überlegen, aber er hält sich ebenso sicher anfällig, mit den Ästeten im Hungerkonkurrenz zu können.

Vermag nun der amerikanische Arbeiter wenig oder gar keine Vorzüge an seinem asiatischen Klassengenossen zu entdecken, so der amerikanische Ausbeuter um so mehr. Das tritt besonders an der amerikanischen Westküste in die Augen. Dort, sagen wir in San Francisco, haben sich die Gewerkschaften die höchsten Löhne in Amerika, wenn nicht in der ganzen Welt, in schweren Kämpfen errungen; sie sind stark genug und willens, ihre hohen Löhne zu verteidigen und unternehmerfreundlichen Zusätzlichen, die bei wirtschaftlichen Kämpfen mit Einhaltsbefehlen zugunsten der Ausbeuter operieren, das amtliche Leben zu nehmen. Es ist einleuchtend, daß das Unternehmertum den Zugang der Ästeten nach San Francisco gern sieht, dort hin dirigiert, um sie im gegebenen Fall gegen die Gewerkschaften zur Hand zu haben. Waren die 131 000 japanischen Kulis, die in den Vereinigten Staaten sind (1908), über deren ganzes Gebiet zerstreut, so wäre die Gefahr, die ihre Gegenwart für den kalifornischen Arbeitsmarkt bedeutet, gering. Leider bleibt fast die Hälfte von ihnen in Kalifornien, in der Nähe San Franciscos liegen; sei es, weil ihnen das Geld zur Weiterreise fehlt oder sei es, weil sie hier von dem Unternehmertum am nötigsten gebraucht werden. Und neben den 59 914 japanischen stehen auch noch die etwa 35 000 chinesischen Arbeiter in Kalifornien, die auch auf Arbeit warten.

Wir verlangen die Mithilfe eines jeden Arbeitgebers in San Francisco für Herrn Wad, den Direktor der Vereinigten Eisenbahnen, und für andere unerwünschte Vertreter des amerikanischen Prinzipals, und wir versprechen, daß wir mit Hilfe des ehrlichen, frugalen und fleißigen japanischen Volkes die Gewerkschaften in Kalifornien von jedem weiteren Angriff abhalten. — heißt es in einem Zirkular der Unternehmerrorganisation (Citizens Committee) in San Francisco. Der Abgeordnete Deppburn in Java ist der Meinung, daß das Dienstreiseproblem durch Zulassung von einer halben Million Orientalen gelöst sein würde.

Aber lassen wir doch einen von den Befürwortern der asiatischen Einwanderung die Gründe seiner Stellungnahme selbst darlegen: Die Einwanderung der Chinesen soll gefördert werden, weil sie leicht und billig in großen Kolonnen dirigiert werden können; sie streiten nicht; Arbeiter dieser Art sind sehr nötig; sie (die Einwanderung) ist ein Mittel, die Macht der Arbeiterführer (Labor Boss) zu brechen; billige Arbeit macht viele Industrien möglich; sie (die Chinesen) sind leicht zu handhaben (tractable); sie zeigen keinerlei anarchischen und sozialistischen Tendenzen; sie nehmen keinen Teil an gesellschaftlichen Störungen, Auspänden und Arbeiterunruhen; sie sind für die Politik weniger gefährlich als andere Einwanderer, weil sie nicht Bürger werden können.

Wie man sieht, ist die Liebe zum asiatischen Kuli vom Hass gegen die weißen Arbeiter geboren. Solche Erklärungen der Ästeten fremde würden die amerikanischen Arbeiter, wenn sie es noch nicht getan hätten, zu energichstem Widerstand gegen die Zulassung asiatischer Kulis zwingen.

In den industriellen Zentren, wo reges gewerkschaftliches Leben herrscht, kann von einer Bedrohung der Löhne und Lebenshaltung der weißen Arbeiter durch die Ästeten kaum allerdings noch keine Rede sein. Die Gewerkschaften sind dort auch etwas genug, jeden Eintritt der „gelben Arbeit“ abzuhalten. Was aber Bedrohung und Ursache in diese gewerkschaftlichen Zentren trägt, ist die Existenz der „gelben“ Kolonnen, die drängen auf den Lande beim Nachbau zu beschleunigt sind, von denen man befürchtet, daß sie den Unternehmern bei Streiks oder Vertragsunterbrechungen als Ersatzkräfte dienen werden. Aber, könnte man fragen, warum werden diese Fremden nicht ausgelassen und organisiert? Diese Auslassungsarbeit und Organisation führt auf unabhöhe Schwierigkeiten. Unterschiedliche der Sprache, der Ausprägungen, der gegenseitigen Haß, bilden schwerwiegende Hindernisse, auch wenn die Unternehmern ihre Schützlinge nicht vollständig isolieren würden. Doch, wo das letztere nicht zutrifft, ist der Arbeitsprozess eines unangenehmeren Betriebs (im technischen Sinne) zwischen den beiden Klassen bedingt, wie in den Bergwerken von North-Mexico, fehlt es nicht an Versuchen, die gelben Massenarbeiter in die Organisation zu ziehen. Vergeblich! Warum? Nun, die Ästeten weigern sich, sich der Organisation anzuschließen, weil sie — von ihrem Standpunkt aus mit einer gewissen Berechtigung — erklären, die Gewerkschaft würde für sie dann höhere Löhne verlangen und es würde dann, wenn die Organisation insoweit wäre, ihren Willen durchzusetzen, für die Gewerkschaft jeder Grund fortzufallen, Chinesische und japanische Arbeiter zu beschäftigen. Wenn der gelbe Arbeiter ebenfalls leide wie der weiße, so sieht der gelbe Arbeiter keinen Vorteil mehr für den Beitritt. So zieht es der asiatische Arbeiter, um seine Stellung zu behaupten, der, außerhalb der Organisation zu bleiben und billiger zu arbeiten. Der gelbe Arbeiter erhält einen durchschnittlichen Tagelohn von 6 A. der weiße 8 bis 10 A.

Wie man sieht, ist die Lohnabstufung zwischen weißen und gelben Arbeitern in den Bergwerken von North-Mexico nicht sehr groß, wenigstens nicht so groß, als gewöhnlich angenommen wird. Auch wenn man die Löhne der beiden Klassen in anderen Berufen vergleicht, ist die Differenz geringer, als es von weitem scheint. Wohl gibt es japanische Arbeiter in Mexiko, die für einen Tagelohn arbeiten, der der amerikanische nur als Stundenlohn erscheint würde. Aber das sind wohl eher Ausnahmen. Der Unternehm-

darf seine Schüllinge schon deshalb nicht zu schlecht bezahlen, damit sie bei guter Laune und in Dienstwilligkeit bleiben.

Obwohl unendlich besser entlohnt als in der Heimat, behält der japanische Arbeiter seine frugale Lebensweise jobtel wie möglich bei. Die angehöfsten Spargrößen wandern über den Stillen Ozean zur Unterstützung der Angehörigen, oder um Freunden die Fahrt über das Meer zu ermöglichen. Daß er sich durch seine künftige Lebensweise nicht die Freundschaft des „Schiffsmannes“ und durch die Fortschreibung des Geldes nicht die Freundschaft des um das schöne „amerikanische Gold“ besorgten Patrioten erwerben kann, versteht sich. Was Wunder, wenn beide sich mit der Arbeiterschaft in der asiatischen Ausschweifung aufzusammelfinden.

Ganze Berufe sehen sich von den Japanern (und Chinesen) aus ihren Stellungen gedrängt. Das Wäschereigewerbe haben die Ästeten fast ganz in Beschlag genommen. In der Kleiderbranche, Farmarbeit, im Wirtschaftsbetrieb zc. drängt sich der kleine braune Mann vorwärts. Auch in anderen Berufen greift das Gefühl der Unsicherheit, die Angst um das liebe Brot Platz. Bis vor kurzer Zeit hatten die Farmer noch freundliche Worte über den gelben Arbeiter; jetzt klagen sie, daß ihnen ihre Aenechte von gestern heute als feilbige Farmer schwere Konkurrenz machen, machen könnten, weil sie nichts als japanische Kulis für ihre Arbeit direkt aus dem Mikadoland herbeischafften. Aber auch die weit vom wirtschaftlichen Tageskampfe absetzenden Bürger sehen die Ankunft der Japaner mit anglophoben, hoßerfülltem Blick: sie sehen in unmittelbarer Nähe ihres Heimtes wiederum asiatische Viertel entstehen, die sie an die kaum ferne Chinesenstadt, jenen Krankheitsherd, jenes Verbrechertumsummern.

In der Bewegung gegen die Chinesen standen feinerzeit in der Hauptsache nur städtische Arbeiter; in der heutigen Bewegung gegen die Japaner stehen Arbeiter, Bauern und Bürger, so ziemlich die ganze wertvolle Bevölkerung zusammen. Sie erheben einhellig Protest gegen weitere Zulassung von Ästeten. Das ganze öffentliche Leben wird von der Diskussion der gelben Gefahr beherrscht. Die Frage steht am Goldenen Tor und unabweisbar: Für oder wider die Japaner?

Diese Frage wird an allen Tischen besprochen, in den Werkstätten verhandelt, in den Gewerkschafts- und politischen Versammlungen debattiert. Wer dort nicht als leichter Schwächer gelten will, darf sie nicht umgehen, noch leicht nehmen; denn ihre Lösung ist für breite Arbeiterschichten eine Stofffrage. E. Hagrin.

Unsere Kämpfe und Erfolge im Jahre 1909.

Wie auf viele andere Gebiete, hat die letzte Wirtschaftskrise auch auf die Bestrebungen des Verbandes zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ihre Wirkung ausgeübt. Mit dem Eintritt des Konjunkturaufschwungs setzten in umfangreichem Maße die Bestrebungen der Unternehmer zur Reduzierung der Löhne und Abschreibung ein und der Verband war dadurch in eine gewisse Abwehrstellung gedrängt; außerdem ließ die Krise unangenehme Kämpfe zur Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen nicht zu.

Diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß in den zwei verfloffenen Jahren bedeutend weniger Mitglieder an den Bewegungen beteiligt waren als im Jahre 1906 und 1907. Die Beteiligungszahl ging von 31 Prozent im Jahre 1907 auf 11,4 Prozent im Jahre 1908 und 9 Prozent im verfloffenen Jahre zurück. Die Krise hielt bis zum Spätherbst an, und bis zu diesem Zeitpunkt bewegten sich die Lohnkämpfe des Berichtsjahres in etwa gleicher Linie mit denen des Jahres 1908; sofort mit Eintritt der besseren Geschäftsperiode vollzog sich jedoch ein Umsturz, so daß sich bis zum Jahresabschluss die Angriffsbewegungen gegenüber dem Vorjahr in ganz bemerkenswertem Maße gesteigert haben.

Die Zahl der überhaupt durchgeführten und zur Statistik gemeldeten Bewegungen betrug 692 mit 63 474 Beteiligten (wovon 40 579 Verbandsmitglieder) gegenüber 623 Bewegungen mit 69 332 Beteiligten (wovon 41 236 Mitglieder) im Jahre 1908. Es ist also eine Vermehrung um 69 Bewegungen eingetreten. 246 Angriffsbewegungen, 55 mehr als im Vorjahr, konnten ohne Arbeitseinstellung durchgeführt werden. Die Zahl der bei diesen Bewegungen Beteiligten betrug 49 401 gegen 37 209 im Jahre 1908, das ist eine Zunahme von 12 192. Die Zahl der Angriffstreiks betrug 51 mit 2742 Beteiligten gegen 33 mit 2001 Beteiligten im Jahre 1908. Das ist eine Zunahme von 18 Streiks und 741 Beteiligten.

Die zunehmende Bestärkung der Konjunktur und damit die Verfestigung des Kompromisswesens läßt sich auch in den gestiegenen Abschreibepreisen erkennen. Die Zahl derselben ist mit 129 denen des Vorjahres gleichgeblieben, die Zahl der Beteiligten ist jedoch um 2242 zuzunehmen. Die Zahlen zeigen, daß der Verband die Verteidigungsstellung, in die er mit Einbruch der Krise gedrängt wurde, mit dem Jahre 1909 wieder aufgegeben hat.

Einen Überblick über die Art der Bewegungen, ihre Zahl, der Zahl der erfassten Betriebe und der an den Bewegungen direkt beteiligten Personen im Jahre 1909 gibt folgende Tabelle:

Art der Bewegungen	Zahl der		
	Bewegungen	erfassten Betriebe	beteiligten Personen
Angriffstreiks	51	286	2742
Abwehrstreiks	129	262	6363
Ausperrungen	32	341	4008
Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung	246	1817	17590
Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellung	234	852	31811
Zusammen 1909	692	3538	63474
Dagegen 1908	623	2936	69332

Die Bewegungen, die ohne Streik durchgeführt werden können, steigern sich von Jahr zu Jahr; ein Beweis dafür, daß es sich meistens nur Forderungen handelt, denen auch die widerwilligsten Unternehmer kein „Nein“ entgegenzusetzen können; bei einem Teil der Unternehmern wird auch das Verständnis für die Wünsche und Forderungen der Arbeiter ein größeres, und nicht zuletzt ist es die Macht des Verbandes, die die Unternehmer zu einer friedlichen Verständigung bereit macht. Von den Bewegungen des verfloffenen Jahres erledigten sich 480 oder 69,3 Prozent ohne Streik gegen 425 oder 68,2 Prozent im Jahre 1908. Im Jahre 1909 betrug die Prozentzahl der ohne Streik erledigten Bewegungen erst 56,9 Prozent; es ist also in dieser fünfjährigen Periode eine Steigerung der friedlichen Bewegungen um rund 12 Prozent eingetreten.

Von den 246 durchgeführten Angriffsbewegungen ohne Streik erzielten 229 mit 14 509 Beteiligten mit vollem Erfolg, 16 mit 3043 Beteiligten waren zum Teil erfolgreich und 1 mit 36 Beteiligten war erfolglos.

Als Erfolg dieser Bewegungen ist zu registrieren in 57 Fällen für 3633 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 9676 Stunden pro Woche, sowie in 170 Fällen für 924 Personen eine Lohn- und Gehaltssteigerung von zusammen 15 499 A. pro Woche. In 31 Fällen wurde für 3235 Personen eine Regelung der Abschreibung, in 19 Fällen für 1665 Personen Beteiligung an Mißständen, in

60 Fällen für 2952 Personen prozentualer Zuschlag für Ueberstunden und in 54 Fällen für 2604 Personen eine bessere Bezahlung der Nacht- und Sonntagsarbeit erreicht. Sonstige Vorteile brachten diese Bewegungen noch in 123 Fällen für 7536 Beteiligte.

Von den 234 Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellung waren 197 mit 20 545 Beteiligten erfolgreich; 31 Bewegungen mit 10 776 Beteiligten hatten einen Teilerfolg und 6 mit 490 Beteiligten verliefen erfolglos. Als Erfolg dieser Bewegungen ist zu konstatieren die Abwehr einer Arbeitszeitverlängerung von zusammen 4542 Stunden pro Woche für 693 Personen, ferner die Abwehr von Lohnabzügen für 4904 Personen in Höhe von 13 614 A. pro Woche. Bei weiteren 3568 Personen konnten die Abzüge in Geldwert nicht genau festgestellt werden, sie betragen 3 bis 40 Prozent an den Abschreibepreisen. Von den 51 Angriffstreiks verliefen 35 mit 1420 Beteiligten erfolgreich, 8 mit 818 Beteiligten mit Teilerfolg. Das Resultat der Streiks ist naturgemäß nicht so günstig, wie das der Lohnbewegungen ohne Streik. Wenn es zum offenen Kampf kommt, dann ist der Widerstand weit größer und die Unternehmern setzen alles daran, daß möglichst geringe Erfolge erzielt werden. Durch die Angriffstreiks wurde eine Arbeitszeitverkürzung von 1066 Stunden pro Woche für 391 Personen erreicht, ferner eine Lohn- und Gehaltssteigerung für 1724 Personen von zusammen 2884 A. pro Woche. Für 553 Beteiligte wurde die Abschreibung einer Regelung unterzogen, Zuschläge für Ueberstunden wurden erzielt für 675 und solche für Nacht- und Sonntagsarbeit für 508 Personen. Für 1279 Beteiligte wurden sonstige Vorteile erlangt.

Bei den 129 gestiegenen Abschreibepreisen handelte es sich um Verlängerung der Arbeitszeit, oder Lohnreduzierung, oder Tarifbruch, oder schlechte Behandlung, oder um andere Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis. Von den Abwehrstreiks waren 66 mit 3270 Beteiligten erfolgreich, 22 mit 1848 Beteiligten hatten einen Teilerfolg, 37 mit 1191 Beteiligten waren erfolglos; 4 mit 54 Beteiligten waren am Jahresabschluss nicht beendet.

Durch die erfolgreichen Streiks wurde unter anderem abgewehrt eine Herabsetzung des Lohnes für 1156 Beteiligte in Höhe von 3924 A. pro Woche; für weitere 564 Beteiligte wurden Abschreibungen verhindert, die in Geldwert nicht genau festzustellen sind. Außerdem konnte abgewehrt werden Tarifbruch in 11 Fällen für 303 Arbeiter, Einführung von Abschreibung für 616 Arbeiter, schlechte Behandlung für 300 Kollegen sowie für 2986 sonstige Verschlechterungen.

Von den 32 Ausperrungen wurden in 341 Betrieben 4968 Personen betroffen. Die Zahl der Ausgesperrten hat die Höhe der Vorjahre bei weitem nicht erreicht. Zum Teil liegt das an dem Umstand, daß Streiks größerer Stills, die von dem Unternehmertum meist mit Ausperrungen beantwortet werden, nicht geführt worden sind. Auch die Krise mag die Unternehmern etwas betrügerlich gemacht haben. Die Ursachen der Ausperrung waren in 17 Fällen Streiks in anderen Betrieben oder Betriebsabteilungen desselben Betriebs, in einem Falle Verweigerung von Ueberstunden, in vier Fällen die Betätigung des Koalitionsrechts, in zehn Fällen Vorkommnisse verschiedener Art.

Die Ausperrungen verliefen für die Arbeiter erfolgreich in 13 Fällen mit 1624 Beteiligten, teilweise erfolgreich in 8 Fällen mit 2648 Beteiligten und erfolglos in 11 Fällen mit 696 Beteiligten. Die als erfolgreich registrierten Ausperrungen brachten für 1309 Arbeiter eine Lohn- und Gehaltssteigerung von 3393 A. pro Woche, den Abschluß von 5 Tarifverträgen mit 2014 Beteiligten und eine Reihe weiterer Vorteile für etwa 2200 Beteiligte.

Faßt man das Ergebnis aller Bewegungen zusammen, dann ergibt sich eine Arbeitszeitverkürzung für 4110 Personen von 11300 Stunden pro Woche oder 2,8 Stunden für den Beteiligten; eine Lohn- und Gehaltssteigerung der Abschreibepreise für 12 044 Personen von zusammen 22 003 A. pro Woche oder für den einzelnen 1,83 A. pro Woche. Durch Tarife und Verträge wurde das Erzielte in 112 Fällen für 13 005 Personen festgelegt. Für 4678 Kollegen konnte eine Regelung der Abschreibung erzielt werden, wodurch den Beteiligten die Möglichkeit einer entsprechenden Verdiensterhöhung gegeben ist. Mißstände der verschiedensten Art wurden für 1850 Kollegen beseitigt. Eine bessere Bezahlung für Ueberstunden erreichten 3888 und für Nacht- oder Sonntagsarbeit 3112 Kollegen. Andere Verbesserungen im Arbeitsverhältnis traten für 9945 Kollegen ein.

Die abgewehrte Verlängerung der Arbeitszeit betrug für 715 Kollegen 4608 Stunden pro Woche oder 6,4 Stunden für den einzelnen. In 180 Fällen konnten für 19 324 Beteiligte Lohnreduzierungen in Höhe von 18 270 A. pro Woche oder für einen Beteiligten 1,76 A. abgewehrt werden. Für 15 731 Kollegen konnten sonstige Verschlechterungen abgewehrt werden.

In Anbetracht der Verhältnisse, besonders im Hinblick auf die ungünstige Geschäftslage des Berichtsjahres sind das recht annehmbare Erfolge. Diese sind um so höher zu veranschlagen, weil die Ausbreitung und Macht unserer Organisation dafür bürgt, daß die Errungenschaften auch erhalten bleiben und zum Ausgangspunkt für weitere Verbesserungen werden. Bis zu einem gewissen Grade bieten auch die Tarifverträge eine Sicherheit für die Durchführung der vereinbarten Arbeitsbedingungen. Diese haben auch im verfloffenen Jahre eine weitere Fortbildung erfahren.

Bundestag der selbständigen Graveure.

(Solingen, 9. bis 11. Juli 1910.)

st. Es ist minimal, was der VI. Bundestag der Graveure- und Ziselmeister in Solingen für uns, die Gehilfen, in bezug auf höhere Forderungen behandelt hat. Minimal? Nichts! wäre richtiger ausgedrückt. Die Herren haben wieder einmal bewiesen, daß sie für die Forderungen der Kunstzeit noch kein Verständnis haben.

Obwohl sich die Meister als Referenten den ehemaligen Syndikus der Handwerkskammer zu Berlin, Herrn Dr. G. Koch, zu einem Vortrag über das Thema: „Moderne Wege zur Förderung unseres Berufes“ verpflichtet hatten, ging aus dem Vortrag — nach dem Protokoll in der Deutschen Graveurezeitung, Nr. 15 vom 1. August 1910 — nicht hervor, daß den hochtrabenden Worten in dem „Offenen Wort“ vom Jahre 1908 nur einigermassen Rechnung getragen wird.

Wie oft haben die Herren Meister betont: Wenn die Gehilfen mit ihnen gemeinsam, auch durch die Organisation, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse besprechen, dann wäre die Möglichkeit eher gegeben, eine Verständigung zu erzielen, als wenn die Gehilfen zu einem Streik ihre Zuflucht nehmen. Heute, nach zwei Jahren, nach dem die Berliner gemischte Tarifkommission ein volles Jahr an dem Berliner Tarifverhältnis gefordert und gebügelt hat — wofür dieser war nur erst für Berliner Verhältnisse zugeschnitten und bürgt nur das in sich, was in einigen Werkstätten bereits Wurzeln gefaßt hat — kommt selbst der ehemalige Syndikus der Berliner Handwerkskammer zu dem selben Resultat:

Die Verhandlungen der Tarifkommission in Berlin sind gescheitert. Aus welchem Grunde? Von Seiten der Gehilfenenschaft wurden Forderungen gestellt, denen die Prinzipale nicht gewachsen sind. Das Eingehen auf diese Forderungen würde den Bund zersplittern. Die Gehilfenenschaft ist in Metallarbeiter-Verband organisiert, an dem sie einen starken Rückhalt

hat. Das bedeutet für die Prinzipale den Druck von unten.

Fertig ist die Laube! Na also, was wollt ihr noch mehr, ihr lieben Kollegen aus dem deutschen Vaterland? Selbst Herr Dr. G. Koehl, der geistige Protektor unserer organisierten Meister, ist der Überzeugung, daß die Forderungen der Berliner Tarifkommission, die die Meister Sommer, Hefner, Korbbed, Stehmann und Jöllner mit gegengezeichnet haben, so weitgehend sind, daß die Anerkennung dieser minimalen Grundzüge eine Welle des Bundes selbständiger Graveure und Ziseleure Deutschlands in sich fähigen würde. O, wie schwach sind doch die Meister organisiert! Und wie stellen sich die Berliner Meister zu diesem Tarifentwurf? Auch sie lebten ihn, wie bekannt, ab und desabotierten so ihre Meistervertretung.

Und was forderten die Kollegen in Berlin? 8 1/2 stündige, und nach Ablauf eines halben Jahres nach Bestehen des Loriks achtstündige Arbeitszeit. Diese Forderung ist längst in einigen Werkstätten durchgeführt. Eine Erhöhung des Lohnes nach Maßgabe des schon gezahlten ist dabei selbstverständlich. Dann die Forderung: Minimallohn für Ausgelernte 47 S., nach einem halben Jahre 50 S. pro Stunde. Die anderen Forderungen — jeder kann sie in Nr. 21 der Metallarbeiter-Zeitung vom 21. Mai 1910 nachlesen — sind von so untergeordneter Bedeutung, daß sie schon in verschiedenen Werkstätten seit Jahren anerkannt sind, andererseits aber auch den Meistern gar keine Veranlassung zum Widerstand geben sollten, da sie etwas Selbstverständliches sind. Die Regelung der Ueberarbeit, Heimarbeit und des Lehrlingswesens liegt im Interesse aller fortgeschrittenen Prinzipale. Diejenigen aber, die noch immer an der alten Schmutzkonturrenztreiberei festhalten wollen, werden durch eine Tarifregelung nach dem Berliner Entwurf in wenigen Jahren zur Naifon gebracht werden. Aber die Hauptschwierigkeit boten jedenfalls die Punkte: Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden und Zahlung von Minimal-Löhnen an Ausgelernte. Daß gegen diese Forderungen noch mancher Berliner Prinzipal Front machen würde, war vorauszusehen. Aber wo finden wir nicht Opponenten? Wo ist nun der auffällende Einfluß der Berliner Meister? In den Berichten über die Bundesversammlung in Solingen ist nichts zu finden. Ober sollten die Schlussbemerkungen: „Hefner (Berlin) verbreitet sich über das Entstehen der Tariffrage, schildert die mühevollen Arbeit der Berliner Tarifkommission, gibt das Scheitern der Verhandlungen bekannt und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß wir doch noch auf Grund von Tarifverträgen zu geordneten, sicheren Zuständen in unserem Beruf kommen“, dazu angetan sein, dem Leser des Generalsversammlungsberichtes zu zeigen, mit wie wenig Verständnis der tarifliche Stoff dort behandelt wurde? Nichts von einer Beteiligung an der Diskussion über die Forderungen der Gehilfen. Alles schmiegt sich hübsch aus. „Wasch mit den Pelz, doch mach ihn nicht naß“, das ist so ungefähr die Taktik des Bundes selbständiger Graveure und Ziseleure. Auch können wir der fortschrittlich sein wollenden Zeitung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie ihr eigenes Kind nicht mit dem nötigen Eifer bei den rückständigen Elementen verteidigt hat. Das, was man in einerzeit im „Offenen Wort“ so schön forderte, ist tatsächlich weiter nichts als eine platonische Liebeserklärung an die Gehilfenschaft gewesen, mit der beruhigenden Einschaltung: Wenn beide Teile gewillt sind, dann wird schon etwas zustande kommen. Das Resultat sind die abgebrochenen Tarifverhandlungen, was die Berliner Meisterorganisation verursacht hat, und nunmehr die pflaumenweiche Stellung des VI. Bundestages in Solingen.

Glauben denn nun die Herren Meister wirklich, daß die Gehilfen noch die Schafsgeduld von Anno 1880 haben? Wenn wir im Gewerbe endlich zu „sicheren Zuständen“ kommen, dann ist es wahrlich nicht dem Eifer und dem Opfermut der Prinzipale zuzuschreiben, sondern dem organisatorischen Einfluß der gesamten Gehilfenschaft. Herr Hefner sprach bezüglich der Berliner Tarifverhandlungen von einer „mühevollen Arbeit“. Wenn wir uns den Tarifentwurf betrachten, dann kann man nur zu der Überzeugung kommen, daß die Verhandlungen dazu deshalb so „mühevoll“ für die Meister waren, weil sie der offensichtlich rückständigen ihrer Meisterkollegen noch weitere Konzessionen machen wollten. Wenn die fortgeschrittenen Berliner Meister diesen minimalen, ja heute selbstverständlichen Forderungen der Berliner Tarifkommission nicht ihre Zustimmung gaben, dann ist der Beweis erbracht, daß diese Herren kein Verständnis für die gewerbliche Entwicklung zeigen, daß sie auch für den Weg der Unterhandlung von Organisation zu Organisation in sich selbst nicht genügend stark sind. Für uns ergibt sich daraus wieder aufs neue, daß wir, wie immer, auf den Weg der Selbsthilfe angewiesen sind. Wenn aber die Gehilfen diesen Weg beschreiten, dann werden die Herren wieder lamentieren. Dann sind es wieder die Kollegen, die Arbeiter, die dem armen Meisterlein das Leben schwer machen.

Und wo waren auf dem Bundestag die aufgeklärten selbständigen Epizentren, die früher und auch heute noch vor lauter „Fortschrittsgedanken“ scheinbar selbst nicht vom Fleck kommen? Nach dem Bericht zu urteilen, hat man sich um die heikle Frage der Gehilfenforderung nach bekannter Manier herumgedrückt. Ein paar schöne glatte Redensarten, das war alles. Nun, die Gehilfen werden aus diesem Verhalten die notwendige Lehre ziehen. Die „mühevollle Arbeit der Berliner Tarifkommission“, wie sich Herr Hefner so bezeichnend ausdrücken beliebte, ist wieder einmal für die Katz gewesen. Zeit und Geld ist auch von unserer Seite — ein volles Jahr lang — geopfert worden, aber die Herren Berliner Meister samt ihrem VI. Bundestag in Solingen hielten es nicht einmal für notwendig, in Beratungen darüber einzutreten. Ja die Berliner Prinzipalgruppe war sogar so brüsk, daß die vier genannten Herren der Tarifkommission erjucht wurden, die Verhandlungen mit den Gehilfen abzubrechen. Kennen die Herren das den Weg der Verhandlung, den Weg zur Verständigung beschreiten? — Bei Gelegenheit, wenn der wirtschaftliche Kampf auf Grund dieses unverständigen Verhaltens der Berliner Meister ausbricht, werden wir ihnen, wenn sie Klage erheben, ihr jehiges Verhalten recht gründlich unter die Nase reiben.

Wenn man aber die Frage: „Moderne Wege zur Förderung unseres Berufes“ behandeln will, dann gehört ein wenig mehr Vertiefung dazu, als es der Herr Dr. G. Koehl beliebte. Der Bericht kennzeichnet die Einleitung zu dem betreffenden Vortrag wie folgt:

„In einer von Humoristia gewürzten Einleitung erzählt Dr. Koehl, daß er auf der langen Bahnreise seinen Vortrag hätte ausarbeiten wollen. Zufällig hätte er im Zuge einen Delegierten des Bundes kennen gelernt, der ihm einen viestündigen Vortrag über ein neues Mittel gehalten habe. Darunter hätte natürlich die Ausarbeitung seines Vortrages leiden müssen. Er glaubt allerdings, daß nicht viel neues zum Thema gesagt werden kann, vieles wird schon in der Bundeszeitung behandelt worden sein. Den Schwermut lege er auf die Diskussion, zu der er die Einleitung geben wollte.“

Ja, verehrter Herr Dr. Koehl, wer die wirtschaftliche Lage und wirtschaftliche Gehung des Graveur- und Ziseleurgewerbes in Deutschland in einem Vortrag behandeln will, der muß sich vor Bestehen des D-Zuges Berlin-Köln die nötigen Unterlagen ausgearbeitet haben. Selbst bei einem jahrelangen praktischen Studium der fraglichen Gewerbegruppen fällt es sogar dem Kenner der Dinge schwer, dieses Thema recht eingehend und verständlich, mit positiven Vorschlägen und Anregungen gemischt, zu behandeln. Bezeichnend ist, daß der fragliche Meisterdelegierte über nichts Verständigeres zu reden wußte, als sein neues „Stmittel“ flumdenlang zu erläutern. Ein „Stmittel“ zur Festigung und Stärkung des Bundes wäre sicher geeigneter für den Bundestag gewesen.

„Ein Vergleich mit der Treue der Gehilfen zu deren Organisation fällt zu unseren Ungunsten aus“, bemerkte beim Geschäftsbericht der Bundesvorsitzende Menzel. Wir quittieren für dieses Kompliment dankend, betonen aber, daß wir dem Indifferentismus unserer Berufskollegen nicht ständig Konzessionen gemacht haben, wie es in den Reihen der Meister der Fall ist. Würden diese Herren

endlich bedenken, daß ihnen ein Eingehen auf unsere Forderungen nach Regelung des Arbeitsverhältnisses auf tariflicher Grundlage, gleichzeitige Regelung der Arbeitsvermittlung nach den Vorschlägen der Berliner Tarifkommission, die Möglichkeit zur Beseitigung der größten Auswüchse im Gewerbe bietet, dann ließe sich im Laufe der Zeit manche andere Frage behandeln und die Herren Meister würden dadurch die „modernen Wege zur Förderung unseres Berufes“ gefunden und betreten haben. Aber wie immer: philistrische, hausbackene, überhebende Rückständigkeit ist dorten heute noch Krump. Dieselben Gestalten, die noch vor wenigen Jahren als Gehilfe ein manchmal geradezu jammervolles Kunsthandwerkerdasein führten, die auch heute noch sehr der Konkurrenzstiefel drückt, dieselben Gestalten finden nicht den Mut und das Vertrauen, mit der organisierten Gehilfenschaft die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln, um dadurch die erste Vorbedingung für gangbare „moderne Wege zur Förderung unseres Berufes“ zu schaffen. Nichts als schöne Worte, nur keine Taten, dem Fortschritt zu dienen! Nur nach weiterer Rückständigkeit ist das Streben gerichtet. Das beweist das Lamentieren und die Forderung des Breslauer Meisterkins Bruschke, den Bundesrat wiederholt mit dem Antrag zu bombardieren, daß der lieben deutschen Graveur- und Ziseleurekunst die Sonntage vor Weihnachten zur weiteren Ausnützung der Gehilfen freigegeben werden. Wann endlich kommt diesen Herren die Erleuchtung, daß durch Ueberarbeit und Sonntagsarbeit die Lage des Gewerbes nicht gebessert wird. Erzieht die Kunstschaff so, daß sie ihre Aufträge beizetten dem „Kunsthandwerker“ überträgt; für Ausnahmen finden Meister Bruschke und Genossen, im Falle der Dringlichkeit, bei der Ortsbehörde immer ein geeignetes Ohr!

Auch das mittelalterliche Gewerbesystem, die Zwangsinnung (Beispiel Solingen). Dort sind die heimarbeitenden Graveurmeister Mitglieder einer Zwangsinnung, fand im Vortrag des Herrn Dr. G. Koehl Erwähnung. Nach dem Bericht zu urteilen, scheint der Herr Doktor ein ganz besonderer Anhänger dieser gewerblichen Organisationsform zu sein, vorausgesetzt, die Innungen erhalten erst die Berechtigung, sich aktiv an den wirtschaftlichen Preiskämpfen zu beteiligen. Doch selbst der Solinger Praktiker der Zwangsinnung kommt zu der Überzeugung, daß hier der Zwang ein untaugliches Mittel ist und gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die Lage der Solinger Graveurzwangsinnung gehäht ist. Die Herren müssen in den drei Jahren des Bestehens dieser Innungsorganisation wohl sehr trübe Erfahrungen gemacht haben. Nun, derartigen Heimarbeitersitzungen, wie wir sie unter den Solinger Graveurmeistern finden, ist mit einer Zwangsinnung sicher nicht zu helfen, hier wirtschaftet der Zwang des Kaufmanns, des Unternehmers: Friß Vogel Graveur oder Krib!

Mit der Regelung der Lehrlingsverhältnisse beschäftigte sich der Bundestag auch. Aber wie! Der Antrag der Berliner Meister: Bei 2 Gehilfen 4, bei 5 Gehilfen 2, bei 15 Gehilfen 3, bei 20 Gehilfen 4, über 20 Gehilfen 5 Lehrlinge, ferner: die Entschädigungs- oder „Kostgeld“regelung nach demselben Vorschlag: im ersten Jahre 3 M., im zweiten 4 M., im dritten 5 M. und im vierten 6 M., wurde, da vorläufig keine „Einigung“ zu erzielen war, zurückgezogen. Aber man war geneigt, alles aufzubieten, um die Fortbildungs- und Fachschulstunden so zu „regeln“, daß der Lehrling pro Tag neun bis zehn Stunden ausgenutzt werden kann. Je mehr Lehrlinge, desto mehr Ausbeutungsobjekte, desto größer der Nebhack! Die „Krauter“ lamentieren über Schmutzkonturrenz und behaupten gar nicht, daß sie durch ihre Manipulationen mit den Lehrlingen der Schmutzkonturrenz die Wege ebnen. Die Berliner Meister hatten die beste Wbricht, aber diese scheiterte an der Rückständigkeit der Krauter aus den Philistergauen.

Der Antrag Magdeburg: „Beitritt des Bundes zum Verband der Metallindustriellen“ wurde „eifrig besprochen“, aber die eifrige Aussprache führte noch zu keinem definitiven Resultat, da man die „finanziellen“ Schwierigkeiten fürchtete. Zum Bekämpfung der Gehilfen wäre den Herren der Verband der Metallindustriellen gut, aber das Zahlen, ja wenn das Zahlen nicht wäre! Dann wäre mit diesen Meistern auch ganz gut Kirchengenossen.

Nach sehr langer Diskussion wurde der Beschluß gefaßt, eine Sterbekasse zu gründen. Hoffen wir, daß diese Sterbekasse nicht noch die Beerdigungskosten für den „Bund“ übernehmen muß.

Wir schreiben in Nr. 47 der Metallarbeiter-Zeitung vom 21. November 1908 in bezug auf das „Offene Wort“:

„Sie kommt spät, aber sie kommt — die wirtschaftliche Erkenntnis im Kunsthandwerk, soweit die Herren Graveur- und Ziseleureprinzipale in Frage kommen.“

Ja, sie kommt reichlich spät, und sehr langsam, diese wirtschaftliche Erkenntnis! Und aus rein materiellen Gründen, aus Gründen der Selbstsucht und der Unsolidarität stellen sich die Herren auch heute noch recht hochbeimig allen Bestrebungen gegenüber, die geeignet sind, nur einigermaßen Besserung im Gewerbe zu schaffen. Mein ehemaliger „Meister“ sagte einmal zu mir: „Wissen Sie, det is ja alles ganz schön und jut, aber det sag it ihn, wenn die Soldaten heut Steinnußknöpfe tragen müßten, dann würde ich alle Mehrforderungen für Soldaten bewilligen.“ Ja, wenn die Herren Aufträge bekommen, Geld, Geld und nochmals recht viel Geld verdienen, dann, ja dann sind sie zu allem bereit! Sonst: nur keine Störung im Althergebrachten, keine Modernisierung der Betriebsrichtungen, keine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Sinne unserer Forderungen. Das würde die Herren etwas in ihrer Ausbeutertaktik beschränken und solche Beschränkungen sind nicht erwünscht. Dafür ist aber so ein Bundestag ganz schön. Man kommt alle Jahre zusammen, schwärmt über schöne Gegend und Umgegend, Gastfreundschaft und Zuverlässigkeit der gastlichen Arrangements, dann geht man nach Haus und im nächsten Jahre nimmt diese „Schönheit“ wo anders ihren Anfang und ihr Ende.

Nun, die Zeit wird auch diese Elemente zur Besserung bringen, andernfalls werden diese Epizentren durch die wirtschaftliche Entwicklung überflügelt und auf den Aussterbeetat gesetzt. Unsere Kollegen aber sollen auch aus den Resultaten dieses Bundestages lernen, daß es notwendig ist, sich immer fester in der Organisation zusammenzuscharen. Wir haben den Wert einer guten Organisation längst erkannt, nützen wir die Zeit und zeigen wir an der Hand der Resultate des VI. Bundestages der Meister, wie wenig Verständnis diese Herren unserer Lage entgegenbringen und wie notwendig es ist, auch den letzten Mann der Organisation zuzuführen. Die Branchenleiter aber mögen wiederum alle Kollegen zusammenrufen und ihnen die ablehnende Haltung der Meister kundgeben. Bei passender Gelegenheit werden wir mit den Herren ein ernstes Wort reden. Darum rühtig zu den Vorarbeiten geschritten. Die Konferenz, die uns im nächsten Jahre nach dem Abschluß unserer neuesten Berufstatistik zusammenführen muß, muß auch Mittel und Wege finden, um endlich einmal diesen Handwerkmessern im Kunstgewerbe ein Paroli bieten zu können.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 21. August der 35. Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. bis 27. August 1910 fällig ist.

Den reisenden Mitgliedern bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß in Leipzig während der Sperrzeit über diesen Ort (siehe Rundschau in dieser Nummer) kein Reisegeld und zur Reise dorthin auch kein Umzugsgeld bezahlt wird. (§ 8 Abs. 4 des Statuts.)

Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die nach Böhmen reisen, dort in Arbeit treten und auf die Fortsetzung und Anrechnung ihrer Mitgliedschaft im Deutschen Metallarbeiter-Verband nach einer eventuellen Rückkehr nach Deutschland rechnen, dürfen

nicht in den Tschechischen Metallarbeiter-Verband übertreten. Die Tschechische Organisation ist eine Abspaltung vom Österreichischen Metallarbeiter-Verband, entstanden aus chauvinistischen Strebereien und muß daher gemieden werden. Unsere Mitglieder haben auch in Böhmen Gelegenheit, in den Österreichischen Metallarbeiter-Verband überzutreten, der trotz der Epizenz des Tschechischen Metallarbeiter-Verbandes seine Sekretariate in Böhmen hat. Wir ersuchen die Funktionäre unseres Verbandes, abreisende Mitglieder darauf aufmerksam zu machen. Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß aus Unkenntnis oder Fahrlässigkeit langjährige Mitglieder durch den Übertritt in den Tschechischen Metallarbeiter-Verband ihre früheren Rechte im Deutschen Metallarbeiter-Verband verloren haben.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet: der Verwaltungstelle Pirschberg 10 S. pro Monat und Mitglied. Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Das Mitgliedsbuch Nr. 527203 des Arbeiters Max Kosuch, geb. am 15. November 1878 zu Breslau, wird als durch Diebstahl abhanden gekommen gemeldet. Der Verband lenkt sich auf eine Person, die sich außerdem noch im Besitz der Mitgliedsbücher von Otto Raubhad, Schmied, geb. am 23. Dezember 1890 zu Eberburg, Buch-Nr. ?, und Hugo Schneide, Dreher, geb. am 25. Juni 1885 zu Kreinitz, Buch-Nr. 521012, befindet, die sie sich widerrechtlich angeeignet hat. Die Ortsverwaltungen beziehungsweise Reisegehaltszahler werden hierdurch ersucht, auf die angegebenen Mitgliedsbücher zu achten, sie dem Vorzeiger abzunehmen und diesen selbst der Polizei zu übergeben. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß auch sonstige auf den Namen Raubhad lautende Ausweisepapiere gestohlen wurden, dürfte sich der unrechtmäßige Inhaber wohl auch mit diesen auszuweisen versuchen.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungstelle in Essen-Ruhr: Der Former Wilhelm Sommer, geb. am 7. Oktober 1887 zu Essen-Ruhr, Lit. A. Buch-Nr. 385784, wegen Sperrebruch.

Nicht wieder aufgenommen werden dürfen: Auf Antrag der Verwaltungstelle in Essen: Der Dreher Wilhelm Diffe, geb. am 14. März 1885 zu Essen a. Ruhr, Lit. A. Buch-Nr. 342728, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Bezirksleitung des 5. Bezirks: Der Lackierer Emil Kühnast, geb. am 3. April 1871 zu Elbing, Buch-Nr. 705698, wegen betrügerischer Manipulationen.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Schwabach: Die Beschneiderin Sybilla Brechenmacher, geb. am 7. Januar 1850 zu Schwabach, Buch-Nr. 698674, wegen Sperrebruch.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Stuttgart: Der Schlosser Wilhelm Schäfer, geb. am 4. Februar 1886 zu Cannstatt, Lit. A. Buch-Nr. 484519, wegen Betrug; der Schmied Gottlob Weinkäber, geb. am 29. August 1891 zu Dornstetten, Lit. A. Buch-Nr. 546143, wegen Streitbruch.

Anforderung zur Rechtfertigung. Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Altkasser: Der Schlosser Adolf Stähr, gen. Tische, geb. am 14. Jan. 1877 zu Pöpelwitz, Lit. A. Buch-Nr. 22033, wegen unzulässigen Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Chemnitz: Der Klempner Ernst Alb. Fischer, geb. am 14. Oktober 1883 zu Simbach, Buch-Nr. 473989, wegen Denunziation.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Stuttgart: Der Dreher Theodor Brigaldino, geb. am 19. Januar 1889 zu Firmasens, Buch-Nr. 605980, wegen Betrug.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16 a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rüststraße 16 a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! - Zugang ist fernzuhalten:

- von Elektromonturen nach Zürich;
- von Feilenhauern und -Schleifern nach Bochum (Firma Munnenhoff & Stegemann) S.; nach Remscheid u. Umgebung, St.; nach Witten (Werkzeugfabrik Soeding & Co.) W.; nach Wolfenbüttel (Firma Schmidt) W.;
- von Formern, Eisengießereiarbeitern und Kernmachern nach Arnstadt i. Thür. W.; nach Breslau (Firma Gutschmann) St.; nach Gmünd (W. & Schweiger) W.; nach Göttingen (Firma J. Haselieb D.;
- nach Ingolstadt (Steinmeh & Schäfer) D.; nach Kettwig a. Ruhr (Gebr. Nuhrmann); nach Keulshütte bei Muskau, St.; nach Kornwestheim (Firma U. Stob, Wt. Stahlgießerei) St.; nach Speyer (Firma Koforny & Mittelkind) St.; nach Schönebeck (Radiatorengesellschaft) St.; nach Zwickau (Gusswerke) W.;
- von Gold- und Silberarbeitern nach Wien;
- von Feigungsmonturen nach Erfurt-Zilversegehofen (Metallwerke) S.;
- von Klempnern, Installateuren und Rohrlegern nach Wank-Wilhelmshaven und Umgebung; nach Flensburg (Firma L. George) W.; nach Heilbronn (mit Ausnahme der Firma Rüdenauer); nach Mülhausen i. Elz.; nach Pforzheim;
- von Kesselschmiedern und Verbleitern nach Frankfurt a. M., Pfalz (Firma Kühnle, Kopp & Kaufsch) D.;
- von Kupferschmiedern nach Magdeburg (Firma Möller & Schulte) St.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Kalen (Gebr. Simon, Drahtflistenfabrik); nach Bausen (Wauzener Waggonfabrik) D.; nach Cannstatt (Firma Fuchs, Werkzeugmaschinenfabrik) W.; nach Bremen (Werften) St.; nach Bremerhaven (Werften) W.; nach Düsseldorf-Keilholz (Preis- und Holzwerk) A.-G. mech. Abteilung) W.; nach Flensburg (Werft) W.; nach Frankfurt a. M. (Nagos Union) St.; nach Hamburg (Werften) Str.; nach Kiel (Werften mit Ausnahme der Kaiserlichen) W.; nach Köln (Firma Raufer, Eisenwerk) St.; nach Leipzig (Arbeitsnachweis); nach Lübeck (Werften) W.; nach Oberkain (Firma Wolf & Co., Aluminiumschmelzwerke); nach Ravensburg (Gebr. Böh & Co.); nach Rodow (Werft) W.; nach Rumburg i. Böh. (W. Thiele, Eisengießerei und Maschinenfabrik) St.; nach Stettin (Werften) W.; nach Stolpen b. Neudorf i. S. (Firma P. Kloss) W.; nach Straßburg i. Elz. (Firma Ungeker, Zurnuhrenfabrik) W.; nach Stuttgart (Firma Göbel und Firma Haag) D.; nach Wegejad (Werften) W.; nach Wismar (Firma Müller, Metall-Drahtindustrie) D.;
- von Schlossern (Bau- und Kunstschlossern) nach Berching (Zementfabrik Slavaria) D.; nach Budapest, St.; nach Delmenhorst; nach Stolpen b. Neudorf i. S. (Kloss) D.;

von Schmieden nach Werching (Zementfabrik Bavaria) D.; nach Delmenhorst; nach Frankfurt a. O. (H. Schneider & Co., Jnh. P. Hoffmann) Str.; nach Stuttgart, Str.; von Stahlgebern und Schmelzern nach Kornwestheim bei Stuttgart (Firma Slob, Stahlgießerei) St.; von Werftarbeitern aller Art nach Bremen, Bremerhaven, Flensburg, A.; nach Hamburg, Str.; nach Kiel, Lübeck, Rostock, Stettin und Wegeled, A.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; M.: Aussperrung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; N.: Lohn- oder Allfordreduktion u. s. w.; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungstelle beabichtigt sein.

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungstelle, der das Mitglied angehört, abzustempeln zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Kemnitz. Der Streit der Maschinenhauer und Hilfsarbeiter dauert jetzt schon sechs Wochen. Arbeitswillige haben sich bisher nicht eingefunden. Der Arbeitgeberverband versucht nun, wenn auch etwas ungeschickt, die Reihen der Kämpfenden durch wahrheitswidrige Berichterstattung ins Wanken zu bringen. Im ganzen sind von den in den Streit eingetretenen Kollegen nur sechs zahlensmäßig geworden. Diese können der erfolgreichen Durchführung der Bewegung aber keinen Abbruch tun. Die Feilenfabrikanten sind nunmehr dazu übergegangen und haben alle organisierten Arbeiter, soweit sie als solche bekannt waren, ausgesperrt, so daß nunmehr 800 Arbeiter in den Streit verwickelt sind. Davon sind bis heute annähernd 250 anderweitig untergebracht. Der Arbeitgeberverband arbeitet mit Hochdruck, um eine Aussperrung ähnlich wie in Sagen-Schweina herbeizuführen, doch scheint ein großer Teil der Fabrikanten nicht mitmachen zu wollen, was auch begründet ist, da die Feilenfabrikanten bei eintägigen Entgegenkommen den Kampf hätten verhindern können. Es mag nun einmal kommen, wie es will: die streikenden Feilenhauer werden allen Anschlägen zu trotzen wissen, um ihrer gerechten Sache zum Siege zu verhelfen. — Zugung ist streng fernzuhalten, auch ist der Kemnitzer Verwaltung sofort Mitteilung zu machen, wenn irgendwo Streikarbeit ausgeübt werden sollte.

Formen.

Elbing. Zum Formenstreik bei der Firma F. Kommit äußert sich im Sächs.-Danziger Regulator (Nr. 31) der Bezirksleiter Vorrath. Obwohl Vorrath die Ursachen der hiesigen Formenbewegung genau kennt, da er in mehr als sechs Veranlassungen die Gründe dafür mit eigenen Ohren hörte, kann er es nach alter Gewohnheit nicht lassen, unsern Lesern ein ausführliches zu wollen. Er schreibt: Die Ursache war, daß die Firma einen bis auf sechs bis sieben Positionen fertigen und zum Ausschlag gebrachten Tarif nicht unterzeichnete. Sie wollte dies bis Oktober beziehungsweise November tun, verlangte wurde die Unterzeichnung aber auf ein Jahr. Kommit selbst war aber im gegebenen Moment nicht anwesend, war aber nicht abgeneigt, zu unterzeichnen. Allen Ansinnen nach hat Vorrath diesen Satz aus der landesüblichen Elbinger Zeitung abgeschrieben. Wahre ist aber, daß die Formen bereits im März beantragt, einen Allortarif aufzustellen, um den ständigen Mühen vorzubeugen, daß ein Minimaleinstellungslohn für Formen- und Hilfsarbeiter festgelegt, für Ueberstunden und Nachtarbeit ein proportionaler Zuschlag gewährt und daß unversichelter Auszubildende bezahlt wird. In dem von der Firma ausgearbeiteten Allortarif waren 28 Positionen niedriger bemessen als der bereits gezahlte Allortarif war. Also Abzug statt Erhöhung. Kommit die Formen mehr verschönt werden, als durch diese Antwort der Firma? Am 3. Juni oberhalb wurde dieser Allortarif ausgehängt, ohne mit den Formen darüber zu verhandeln. Schon an diesem Tage beschloß die Kollegen, die richtige Antwort — durch Arbeitsniederlegung — zu geben, doch auf Anraten der Verwaltung traten die Kollegen nachmals in Unterhandlung. Der Erfolg war, daß man sich wohl über die Allortarife einigte, aber die Firma auf Anfrage der Kommission erklärte: Die Preise sind jetzt festgelegt, wie sie lauge, das kann nicht gelöst werden, vielleicht bis Oktober. Das heißt auf gut deutsch: der alte Zustand bleibt bestehen. Alle übrigen Forderungen wurden abgelehnt. Auf bloße Verzögerungen konnten sich die Kollegen nicht mehr einlassen, damit warte sie doch von der Firma jahrelang genarrt worden. Noch am Tage der Arbeitsniederlegung erklärte der Gewerkschaftsrat, Herr Deng: „Wenn Sie verlangen, daß die vereinbarten Allortarife auf eine bestimmte Zeit festgelegt werden sollen, so ist das ein Deal gegen die Firma, das gibt es nicht, denn machen Sie, daß Sie zustimmen.“ Damit gingen die Formen, der Streik erfolgte also infolge des harten Verhaltens der Firma. Da Vorrath die Sache anders darstellte, so berichtet er willkürlich falsch, denn er kennt den Sachverhalt genau, da er bei den Streikversammlungen zugegen war. Wenn er glaubt, in der Anwaltsrolle der Firma sich zu wägen, so haben wir nichts dagegen. Bezüge Einzelne nach der Arbeitsniederlegung der Formen erfolgte die Aussperrung von circa 500 Mann, von denen circa 60 bis 70 organisiert waren. Als bekannt wurde, daß die Firma die Aussperrung zum 13. Juni angeordnet hatte, wurde den Kollegen auf ihre Anträge, was zu tun sei, wenn die Firma den Antritt aus der Organisation verweigere, der Rat erteilt, dieses jederzeit zu tun, da ein Kampf um die Organisation bei dem mangelhaften Organisationsstandes, wie es hier ist, nicht geführt werden könne. In besagter Situation ist das das einzig richtige, denn es geht die Firma eines Sperrung an, so die Arbeiter organisiert sind oder nicht. Demnach nennt das Verbot. Wir betonen hier das nicht, sondern bitten ihn milde Umstände zu. Die Kollegen sollten das Verhalten der Firma als und wahren die Arbeit nicht auf. Die Forderungen der Arbeitsniederlegung waren aber richtig, denn schon nach circa 14 Tagen mußte der Kampf der Kollegen als gewinnlos aufgegeben werden. Denn dies geschah, weil der Streik demnach auch ein richtiges war. Er verlangte, daß sämtliche im Autoben beschäftigte Arbeiter die Arbeit niederlegten. Der Autoben der Firma Kommit ist in sich abgeschlossener Betrieb, in dem circa 450 Personen beschäftigt sind. Von diesen sind aber nur circa 150 Mann in den verschiedenen Zentralbetrieben organisiert. Trotz dieses mangelhaften Organisationsstandes und des Umstandes, daß die Kommit von den Betriebsleitern als ungenügend bezeichnet wurde, pläbte Kommit für Arbeitsniederlegung. Diese Tat ist aber ein Verstoß, wenn man hört, daß der Gewerkschaftsrat in Autoben so gut wie gar nicht in Frage kommt! Welche Lage fällt da nicht in die Augen! Die von dem Gewerkschaftsrat erlassene Erklärung ist eine ungeschickte Epithetensammlung! Das Organisationsbüro ist im Regulator. Der Gewerkschaftsrat hat in jeder Weise versucht, sich zu wehren, und hat dabei die einzige Opfer der verbliebenen Tat wegen auf der Straße. Nein, Herr Vorrath, nicht aufrichtig, sondern Ihrer Tat wegen sind die Opfer zu beklagen. Ihr Verhalten wäre aber die Zahl der Opfer, wenn die Arbeiter des Autobens Herrn Krüger gefordert hätten? Spielten Sie nicht mit den Forderungen der Arbeiter des Autobens, indem Sie für Arbeitsniederlegung eintraten, obwohl Ihnen das mangelhafte Organisationsverhältnis bekannt war? Durch die Aussperrung war der Betrieb der Formenstreik in seiner Weise berührt. Am 27. Juni hatte der in Elbing wohnende Gewerkschaftsrat Krüger in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter mit dem Oberbürgermeister eine Unterredung in kommunaler Angelegenheit. Im Laufe derselben kamen beide auf den Formenstreik zu sprechen, dabei sagte der Bürgermeister eine Unterredung mit Herrn Kommit zu. Am 28. Juni fand diese statt, an der außer dem Gen. Krüger der Bezirksleiter des Zimmererverbandes teilnahm. Nach längerem Verhandeln war Herr Kommit bereit, die bereits vereinbarten Allortarife auf ein Jahr unter schriftlich anzuerkennen, ferner den geforderten Einstellungslohn, Bezüge der Ueberstunden und des unversicherten Auszubildeten. Der Austritt aus der Organisation wurde nicht verlangt. Die Hälfte der Streikenden sollten sofort, die übrigen nach Bedarf wieder eingestellt werden. Zur schriftlichen Fixierung des Vereinbarten wies Herr Kommit die Vertreter der Arbeiter an den Betriebsleiter Schilling. Dieser erklärte am folgenden Tage: „Was Sie mit Herrn Kommit vereinbart haben, geht mich nichts an, als Betriebsleiter habe ich hier zu reden und nicht Herr Kommit. Ich erkenne nichts an.“ Damit war die Unterredung beendet. Die Kommission wollte nunmehr mit Herrn Kommit selbst reden, um ihn an sein Versprechen vom Tage zuvor zu erinnern. Die Kollegen haben es vorgezogen, Elbing zu verlassen und sich nicht unter das Joch der Firma Kommit und des Betriebsleiters zu beugen. Auf das übrige Geschwaßel des Vorrath einzugehen, lohnt nicht, es ist zu dumme.

Speyer. Bei der Firma Pokorný & Wittelkind stehen die Formen- und Gießereiarbeiter seit dem 1. August im Streit. Der Streik wird geführt von dem Sächs.-Danziger Gewerkschaftsrat, der in diesem Betrieb die meisten Mitglieder hat. Entstanden ist er durch die Selbstherrlichkeit des dortigen Meisters, der vollständig willkürlich die Löhne festsetzte, und durch dessen geradezu unheimliche Treiberei. Die Firma hat die bescheidenen Wünsche der Arbeiter, sich durch tarifliche Abmachungen gegen die Willkür des Meisters zu schützen, scharf abgelehnt, obwohl nachgewiesen werden kann, daß im Hauptgeschäft der Firma in Frankfurt a. M. die Verhältnisse bedeutend bessere sind. Zugung von Formen- und Gießereiarbeitern ist streng fernzuhalten.

Gold- und Silberarbeiter.

Sforzhelm. Das Vergnügen einer kleinen Aussperrung erlitt die Firma Gebrüder Bäuerle, Springergasse 19, dadurch, daß sie mehrere Arbeiter ihres Betriebes unter Vorauszahlung von 14 Tagen sofort entließ. Was hatten nun die Arbeiter verbrochen, daß sich die Firma zu dieser Maßnahme aufschwang? Spüre und staune, lieber Leser: die Arbeiter haben nach der Ansicht des Herrn Bäuerle eine *U e r e i* begangen, wofür sie, wenn sie Soldaten wären, mit Arrest bestraft worden wären. Diese Meuterei bestand darin, daß die Arbeiter ein Schreiben eingereicht hatten, worin sie in höflicher Weise um eine Erhöhung ihres Stundenlohnes ersuchten. Also, ihr Arbeiter, untersteht euch ja nicht — trotz der gegenwärtigen teuren Lebenshaltung — um eine Lohnerschöpfung einzulohnen, denn ihr verjüngt euch dadurch an dem heiligen Rammon der Unternehmern und begeht das (nach militärischen Begriffen) schwere Verbrechen der Meuterei. Wie wird sich doch Herr Bäuerle geirrt haben, daß ihm keine militärische Gewalt zur Verfügung stand; erbarmungslos hätte er diese „Sünder“ in Arrest gesteckt. Dieses Vorkommnis hat aber neben seiner heiteren auch seine ernsten Seiten. Es gestaltet sich einmal so recht wie ein Einbild in die Gefühlwelt eines „Herrn im eigenen Hause“. Von diesem Geiste sind noch viele andere Unternehmern befallen. Sagte doch einmal so ein Vertreter des „Herrn im eigenen Hause“: „Der Arbeiter ist als Sklave geboren und hat auch als solcher sein Leben zu verbringen. Was sich der Arbeiter einbildet als seinen verdienten Lohn zu beanspruchen, ist nur eine ihm in Snaere gedächte Zuwendung, für die er sich dankbar zu zeigen hat.“ Es traure an diesem Vorkommnis ist aber, daß die Arbeiter keine Gegenmaßnahmen gegen die Firma ergreifen konnten, weil die Kollegen, die noch im Betriebe verbleiben durften, gegen ihre entlassenen Kollegen keine Solidarität übten. Dieser Mangel an Solidarität und diese Unvorsichtigkeit werden sich später noch einmal schwer rächen. Ob die Unorganisierten und Gleichgültigen denn bei solchen Vorkommnissen nicht einmal das Schonen- und Erbarmungsgefühl erwacht? Ob sie denn eigentlich nicht bald einsehen lernen, daß die Arbeiter an einem Strang ziehen müssen, um derartige, die Arbeiter direkt verhöhrende Vorgänge mit Energie zurückzuweisen zu können? Wenn man nicht so sehr auf dem dem eublihen Sieg über den Unterstand der Massen übergeht wäre, könnte man bezweifeln. Dieses Vorkommnis muß aber die Organisierten warnen, mehr denn je daß sie zu werden, daß auch der letzte Arbeiter und die letzte Arbeiterin in der Edelmetallindustrie dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zugeführt wird.

Heizungsmonteur.

Stuttgart. Am 7. August fand im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Heizungsmonteur und Helfer statt. Der Brandenleiter, Kollege Brödel, sprach über die Lage der Heizungsmonteur und Helfer in Württemberg. Redner führte aus, daß es bis jetzt noch nicht möglich war, mit drei Städten in Württemberg, die auch für die Branche in Betracht kommen, Fühlung zu nehmen, da die betreffenden Kollegen entweder keiner Organisation oder dem Kupferarbeiterverband angehören. Auch an den übrigen Orten besteht noch ein Laßgefühl. Trotz niedriger Löhne und langer Arbeitszeit glauben die Monteur Herren zu sein. Wünschenswert wäre es, wenn einmal für den 9. Bezirk eine Bezirkskonferenz zustande käme, um Stellung dazu zu nehmen, wie wir unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zum Besseren regeln können. Am 9. Bezirk besteht nur ein Laßgefühl in Stuttgart. In der Diskussion waren folgende Redner daran tätig, in der Agitation im 9. Bezirk mehr zu tun. Für die Resolution, die vom 7. Bezirk am 3. März 1907 angenommen wurde und im Protokoll der ersten Konferenz enthalten ist, sollte in allen Bezirken mehr gewirkt werden. — In Stuttgart finden Branchensammlungen am letzten Sonntag des Monats statt. In der Zwischenzeit sollen die Kollegen mehr Branchensammlungen abhalten. Arbeitsjüngende Kollegen werden daran erinnert, daß sie, ehe sie in Arbeit treten, sich erst bei der Ortsverwaltung zu erkundigen haben.

Metallarbeiter.

Essen a. R. Der Deutsche Metallarbeiter, das Organ des Deutschen Metallarbeiterverbandes, bracht mit Behagen einen Bericht nach, den arbeitervindliche Mütter über das am 24. Juli festgesetzte Essen Gewerkschaftsfest gebracht haben. In dem Bericht heißt es unter anderem: „Gegen zwei Uhr nachts wurden von der Straße vier Schußwunden in den Saal gerufen, wo unter den Leuchtern des Festes eine große Schlägerei ausgebrochen war. Als die Beamten den Saal betraten, wurden sie von allen Seiten bedrängt und angegriffen; sie mußten sich, da sie gegen die Menge nichts einschreiten konnten, wieder zurückziehen.“ Diese Behauptungen sind unrichtig. In Wirklichkeit handelte es sich um folgenden Vorfall: Gegen 2 Uhr nachts war in dem Saale ein Festteilnehmer von Krämpfern befallen und vollständig gewatet. Zwei Festteilnehmer mußten sich damit ab, ihn festzuhalten. Dieser Vorgang erregte natürlich Aufsehen und es sammelte sich eine Menschenmenge an. Es kam ein Schussmann hinzu, der jedenfalls in dem Glauben war, daß es sich um eine Schlägerei handele; er rief durch seine Signalpfeife mehrere Schupplente, die der Art unvorsichtigerweise in einen Zimmer untergebracht hatte. Diese Pfeife war mit dem Schupplente unter dem Kinn in den Saal hinein. Das Verhalten der Schupplente rief einen begründeten Mord unter den Festteilnehmern große Erregung hervor. Man verlangte die Entfernung der Schupplente, weil doch ihre Anwesenheit ganz überflüssig war. Nachdem die Schupplente von den Ordnern darüber aufgeklärt waren, was es sich handelte, verließen sie, nachdem ihnen berichtet worden, daß ohne sie für

Ordnung gesorgt würde, auf Ersuchen den Saal. Als nach Beendigung des Festes, das in Cluppenberg bei Essen stattfand, die Festteilnehmer nach Hause gingen, kamen auch mehrere Essen Postkisten die Straße herunter. Dieser Unfall wirkte auf die Menge sehr unruhigend. Zu berücksichtigen ist, daß viele Unorganisierte sich unter den Festteilnehmern befanden und sich eine Anzahl zweifelhafter Elemente eingeschlichen hatten, mit denen die Gewerkschaften nichts zu tun haben. Dieses Gesindel hat sich zum Teil dadurch Eingang verschafft, daß es über den Saal geklettert ist. Bei einem so großen Feste ist es nicht immer zu vermeiden, daß sich zweifelhafte Elemente einschleichen können, besonders in Essen nicht, wo man von der Seite recht viele hat. Bezüglich der Schlägerei auf der Straße außerhalb des Festplatzes ist festzustellen, daß ein Mann namens Saleika aus dem Fenster eines am Festplatz liegenden Hauses in die Luft geschloß hat. Es liegt die Vermutung sehr nahe, daß von irgend einer Seite unvorsichtige Elemente zum Festplatz dirigiert worden sind, um das Fest zu stören und in Mißkredit zu bringen. Das schwarze Blättchen bezeichnet das Fest als ein „Genteilbilden aus dem Zukunftsaal“, vergißt aber dabei, ein Genteilbild aus dem ultramontanen Gegenwartsstaat der Deutschtätigkeit zu zeigen. Aus Reilinghausen, jetzt zu Essen gehörig und eine fromme katholische Domäne, wurde nach dem Polizeibericht folgendes „Genteilbilden“ geschildert: „Gelegentlich der hier veranstalteten Kirmes entlief am 26. d. M. in einer hiesigen Wirtschaft eine größere Schlägerei, bei der zwei Personen erheblich verletzt wurden. Einer derselben erhielt einen Messerschlag in den Rücken. Der Verletzte lief mit dem Messer in der Hand eine Zeit lang umher, ohne es zu merken. Erst als man den Mann darauf aufmerksam machte und das Messer aus der Wunde zog, brach er infolge Blutverlustes zusammen. Der Schlag hat die Wunde durchbohrt. Weiter wurde ein Arbeiter durch einen Schlag mit einem Bierglas erheblich im Gesicht verletzt. Der Täter wurde festgenommen. Hierbei wurde eine Wunde auf die Schupplente gemacht, da man den Festgenommenen mit aller Gewalt festhalten wollte. Die Beamten machten von ihrer Waffe Gebrauch und trieben die Angelegenheit in die Flucht. Der Messerschlag ist leider nicht ermittelt worden.“ Wir könnten noch viele ähnliche „Genteilbilden“ aus der Zentrumsdomäne Vorbei im Kreise Essen zeigen. In diesem frommen ultramontanen Orte spielt der Synaps und das Messer eine große Rolle. Der schwarze Metallarbeiter mag sich also um diese ultramontanen Orte kümmern.

Frankenthal. Bei der hinlänglich bekannten Firma Kühnle, Kopp & Kausch befinden sich die Kesselschmiede und Verbleier in Lohnindifferenzen. Die Arbeiter haben im Jahre 1906 eine Vereinbarung mit der Firma getroffen, die die Arbeits- und Lohnverhältnisse regeln sollte. Schon während der guten Geschäftszeit hatten die Arbeiter darüber zu klagen, daß die Vereinbarungen von den Unterbeamten, wahrscheinlich mit Wissen und Willen der Direktion, nicht eingehalten werden. Liestraunig wurden die Verhältnisse, als die Krise hereinbrach. Über die Hälfte der Belegschaft wurde damals entlassen. Eine gründliche Analyse wurde auch in der Richtung vorgenommen, daß die im Geruche standen, organisiert zu sein oder gar sich erdreistete, hatten, für den Verband zu wirken, zuerst auf Pfaffen flogen. Die Löhne wurden reduziert. Die Meister und Ingenieure verhöhnten manchmal die Arbeiter noch mit den Worten: „Geht nur zu eurem Zischer (Verbandsbeamter), der soll euch Arbeit geben.“ Infolge dieses provokatorischen und brüsten Verhaltens legten die Arbeiter mehrmals spontan die Arbeit nieder. Wir waren geneigt, ihnen den Rat zu erteilen, sich nicht von ihrem Unmute hinreißen zu lassen. Alle kleinen Vorteile, die sich die Arbeiterschaft in der guten Zeit erwacht, gingen zum Teufel. Daran — das muß auch gesagt werden — waren zum Teil die Arbeiter selbst schuld, denn statt zur Organisation zu halten, glaubte mancher von ihnen, er könnte das Ansehen von sich wenden, wenn er durch Unvorsichtigkeit sich dem Meister oder dem Ingenieur angenehm mache. Es war aber voranzusehen, daß beim Eintreten einer besseren Geschäftskontunktur die Kollegen sich aufraffen würden. Das ist auch geschehen. Die Kesselschmiede und Verbleier suchten am 1. August die Direktion ihnen eine 15prozentige Lohnerschöpfung zu gewähren. Direktor Krüger, der den Arbeiterausschuß zu sich rief, erklärte diesem, die Arbeiter sollten nur einmal ihre Forderung formulieren und dann bei ihm einreichen. Mittlerweile kam uns eine Postkarte zur Kenntnis, deren Inhalt besagt, daß die Firma 10 bis 15 Kesselschmiede zum sofortigen Arbeitsantritt sucht. Der Schreiber wollte sie von Offenbach abholen. Die Direktion trieb also mit der Arbeiterschaft Schindluder. Gegenüber dem Arbeiterausschuß gab man sich den Anschein, als würde man nach Prüfung der Sachlage geneigt sein, die Forderung zu genehmigen, suchte aber schleunigst Arbeitskräfte, die als Presslöh gegen die fordernden Arbeiter benutzt werden sollten. Die Direktion glaubte wohl, wenn die 15 fremden Kesselschmiede zu arbeiten angingen, dann würden die fordernden Arbeiter ins Maulloch kriechen. Aber bis jetzt war der Ruf nach fremden Kesselschmieden vergeblich, welche Tatsache Herrn Krüger nicht sehr angenehm zu sein scheint. Die Kesselschmiede und Verbleier haben nun beschlossen, solange die Überstunden zu verweigern und die Sperre über den Betrieb zu verhängen, bis sich die Firma zu Zugeständnissen bereit erklärt. Herr Direktor Krüger wollte die „Obstruktion“ treibenden Arbeiter wegen Kontraktbruch beim Gewerbegericht verklagen, er hat sich aber eines „Besseren“ besonnen, er will, wenn nicht die Forderung auf Lohnerschöpfung zurückgegeben wird, die ganze Fabrik, inklusive des Maschinenbaus und der Gießerei, schließen. Man sieht: um Zwangsmittel ist der Herr Krüger nicht verlegen, er meint nämlich, daß seine Verbandsmitglieder — die Herren Industriellen — ihm sofort zu Hilfe eilen, ohne zu untersuchen, ob die Arbeiter eine Berechtigung zu ihren Forderungen haben oder nicht. Den beteiligten Arbeitern wäre es recht, wenn die Direktion einmal dem Industriellen-Verband ihre Lohnlisten und die Allfordverhältnisse und sonstigen Mißstände wahrheitsgemäß unterbreiten würde. Daraus würden die Herren Industriellen ersehen, daß in dem Betriebe für gelehrte und schon lange beschäftigte Arbeiter Löhne von 30 und unter 30 $\frac{1}{2}$ bis zum Höchstlohn von 42 $\frac{1}{2}$ bezahlt werden. Die Allfordpreise sind so festgesetzt, daß oft nicht der niedrige Stundenlohn erreicht wird. Die Herren Industriellen würden wohl nach Prüfung der Sachlage zu dem Ergebnis kommen, daß die Firma auf Kosten ihrer niedrigen Löhne anderen Firmen Schmutzkonkurrenz macht. Denn wie kann man ein Lohnsystem als ein gerechtes bezeichnen, bei dem ein Arbeiter nicht einmal die zu seinem Lebensunterhalt nötige Nahrung sich verschaffen kann. Kommt es je einmal vor, daß der Allfordpreis ein annehmbarer ist, dann kommt der Kalkulator und setzt den Preis unter den wichtigsten Vorwänden wieder herab, selbst wenn die Arbeit schon für und fertig ist. Allfordpreisliften sind überhaupt nicht vorhanden. Es sind also keine solchen Verhältnisse im Betriebe, die selbst an sehr viel Bescheidenheit gewöhnte Kesselschmiede und Verbleier anlocken könnten. Ein Kesselschmied, der schon seit seiner Lehre bei der Firma in Arbeit war, konnte bei dem niedrigen Lohn (er hatte keine Kinder) sich und seine Frau nicht ernähren. Die Frau war gezwungen mitzuarbeiten. Der Kollege ist nun in Mannheim in Arbeit getreten, wo er wenigstens so viel verdient, daß die Frau nicht mehr mitarbeiten muß. Die Direktion erzieht sich nun, daß ihre tüchtigsten Leute sich anderswo Arbeit suchen. Direktor Krüger kann es auch nicht unterlassen, gegen die Vertreter der Organisation — speziell gegen den Geschäftsführer Zischer — seine „Pfeile“ zu verschleichen. Zu dem Arbeiterausschuß äußerte er sich nämlich: „Das hat wieder der Zischer in Szene gesetzt. Der heßt euch bloß, da er nichts weiter zu tun hat, alle Vierteljahre gegen mich auf. Diese Tätigkeit müßt ihr noch mit eurem guten Gelde bezahlen. Laßt mir nur den Zischer weg, mit dem unterhandelt ich auf keinen Fall.“ Dem Herrn Direktor Krüger müssen wir ins Stammbuch schreiben, daß er ja auch in Solbe steht in dem der Herren Unternehmern. Er nimmt einen nicht unbeträchtlichen Gehalt entgegen, ohne zu fragen, ob an dem Gelde der Schweiß der Arbeiter klebt oder nicht. Wir richten nun noch eine Frage an Herrn Krüger: Warum stellen denn die Herren Unternehmern gewisse Akademiker und sonstige Beamte an, die nur für die Interessen der Unternehmern und zum Nachteil der Arbeiter arbeiten? Herr Krüger wird als Philosoph wohl denken: Ja, Bauer, das ist etwas ganz anderes! — Wir legen nun der Arbeiterschaft dringend ans Herz, bis auf weiteres den Zugung von Kesselschmieden, Verbleiern und Hilfsarbeiten fernzuhalten.

Frankfurt a. M. Zum Streik im Betriebe der Nagos-Union (Znhaer Dr. A. Pfungst). Seit bereits neun Wochen tobt in diesem Betriebe ein erbitterter Kampf, der die Öffentlichkeit besonders interessiert. Der Inhaber des Betriebes, Herr Dr. A. Pfungst, ist als Philanthrop, ideologischer Schwärmer, Dichter u. s. w. nicht ganz unbekannt. Er verstand es, sich mit dem Nimbus der besonderen Arbeiterfreundlichkeit zu umgeben. All dieser äußere Aufspieß vermachte jedoch nicht zu verhindern, daß sich in diesem Betriebe in den letzten Jahren Mißstände der kraßesten Art herausbildeten. Wiederholt versuchte der Arbeiterausschuß eine Befreiung derselben, jedoch blieben alle diese Versuche erfolglos. Eine gewaltige Erregung der Arbeiterschaft war die unausbleibliche Folge. Diese wurde immer mehr gesteigert durch einen Kalkulator Toussaint, der bereits von 1901 bis 1906 Proben seines Könnens in Frankfurt als Betriebsleiter ablegte. Auch dort trieb er die Arbeiter durch fortwährende Affordbrüderkeiten in den Streik, den er durch Ausbeutung erheblicher Mittel, durch Anwendung von Streikbrechern aus aller Herren Länder zu unterbinden versuchte. Der Lohn für seine Arbeit blieb nicht aus, so daß wir den Betriebsleiter Toussaint als Kalkulator im Betriebe der Nagos-Union wiederfinden. Alle Beschwerden des Arbeiterausschusses kümmerten Herrn Dr. Pfungst nicht. So sah sich die Arbeiterschaft gezwungen, der Firma Forderungen zur Behebung dieser Mißstände zu unterbreiten. Am 4. Juni reichte der Arbeiterausschuß der Firma folgende Vorschläge ein: Regelung der Affordverhältnisse, Begleichung der Wartezeit, die auf ein Verschulden der Firma, sei es wegen Mangel an Material, an Hilfskräften, Werkzeug und dergleichen zurückzuführen ist. Samstags tritt um 2 Uhr Schluß der Arbeitszeit ein, wie dies am Orte fast allgemein üblich ist. Ferner beantragte die Arbeiterschaft eine allgemeine, den heutigen Verhältnissen entsprechende Lohn-erhöhung. Jeder Unbefangene wird diese Forderungen als sehr minimal und nur allzu berechtigt anerkennen. Anders der angeblich so humane, wohlhabende, freihellich denkende Herr Dr. Pfungst. Folgender Anschlag war die Antwort auf die Wünsche der Arbeiterschaft: „Am Samstag nachmittags wurden vom Arbeiterausschuß der Firma beifolgende Vorschläge unterbreitet: (Folgen die Forderungen der Arbeiter.) Die Firma erklärt darin eine bedauerliche Einwirkung von Seiten der Gewerkschaft. Beschwerden von Seiten der Arbeiter ist bislang noch stets Gehör gegeben worden. Eine Behandlung in der vorliegenden vorgeschlagenen Art würde jedoch zu endlosen Weiterungen führen und praktisch undurchführbar sein. Leider sind die Zeiten auch nicht danach angetan, bezüglich des Samstags-nachmittags eine Veränderung eintreten zu lassen. Die Firma bedauert daher, die gesamten Vorschläge ablehnen zu müssen und erwartet von dem gesunden Menschenverstand ihrer Arbeiter, daß sie sich einmal wieder der Vorteile erinnern, welche sie bei der Firma genießen.“ Eine ärgere Verhöhnung der Arbeiterschaft ist kaum denkbar. Also erinnert euch der Wohlthaten meines Betriebes und laßt euch, lautet die Devise des Herrn Dr. Pfungst. Auf diese Provokation erstickten die Arbeitsniederlegung als die allein richtige Antwort. Um jedoch jedes Mittel der Verständigung erschöpfen zu haben, versuchte sowohl der Arbeiterausschuß als auch die Organisationsleitung nochmals eine Aussprache mit Herrn Dr. Pfungst. Beide Körperschaften erhielten jedoch die kategorische Antwort: Es bleibt bei dem erfolglosen Anschlag. Auf Grund dieser skandalösen Abweisung legten 160 Arbeiter die Arbeit nieder. Man vergleiche diesen Progenstandpunkt des Maschinenfabrikanten Dr. A. Pfungst mit den Geistesprodukten des ideologischen Schwärmers A. Pfungst. (Siehe Metallarbeiter-Zeitung Nr. 33.) Kaum hatten die Arbeiter die Arbeit niedergelegt, erklärte die Firma den Streik durch folgende Aufstellung in der bürgerlichen Presse für beendet: „Lebzigens liegt kein Streik im eigentlichen Sinne vor, da wir grundsätzlich Arbeiter nicht wieder einstellen, welche die Arbeit einmal niedergelegt haben. Das ist unserer Arbeiterschaft von jeher offiziell bekannt. Es handelt sich also lediglich um den ordnungsmäßigen Austritt von 160 Arbeitern.“ Diese Erklärung atmet den Geist, der Herrn Dr. Pfungst auszeichnet. Es wird dadurch der Grundsatz aufgestellt, daß zu einem Streik die Zustimmung des Unternehmers erforderlich sei. Ja, dieser Grundsatz ist nach der wiederholten Erklärung des Herrn Dr. Pfungst seine innere Überzeugung, für die er jahrelang in Wort und Schrift eingetreten ist. Ueber eine solche „Überzeugung“ möge die öffentliche Meinung ihr Urteil fällen, sie kennzeichnet die Weltfremdsinnigkeit dieses Mannes. Wir konstatieren gerne, daß der liberale, fortschrittlich denkende Inhaber der Nagos-Union seiner „Überzeugung“ treu geblieben ist. Selbst einen Vermittlungsversuch des Gewerbegerichts lehnte er mit Rücksicht auf seine „Grundsätze“ ab. Mißschicksel, brutaler kann selbst der ärgste Scharfmacher ohne Feigenblatt nicht werden. Auch auf der Suche nach Streikbrechern zeichnet sich die Firma aus. In allen Gegenden werden diese nützlichen Elemente zu hohem Lohne und dauernder Beschäftigung gesucht. Der Fortschrittsmann Dr. Pfungst appelliert an die niedrigsten Instanzen, um seine „hohen Ideale“ aufrecht erhalten zu können. Mit diesem Verhalten der Nagos-Union beschäftigte sich am 1. August eine öffentliche Metallarbeiterversammlung. Der Referent, Kollege Möller, drandmählte das unerhörte Verhalten der Betriebsleitung. Einleitend fand folgende Resolution Annahme: „Die heutige sehr stark besetzte öffentliche Metallarbeiterversammlung nimmt Kenntnis von dem Stande des Streiks im Betriebe der Nagos-Union. Die Versammelten erkennen die Forderungen der Arbeiter als minimal und allzu berechtigt an und sprechen den Streikenden für das bisherige mutige Ausdauern im Streik ihre volle Sympathie und Anerkennung aus. Dagegen geben die Versammelten ihrer Entrüstung Ausdruck über das reaktionäre Verhalten der Betriebsleitung und des Inhabers der Nagos-Union, Dr. Pfungst, der sich der Öffentlichkeit gegenüber mit seiner angeblichen Arbeiterfreundlichkeit und Humanität brüsst, in seinem Betriebe dagegen rückständige Verhältnisse mit Mitteln verteidigt, deren sich selbst der ärgste Scharfmacher schämen würde. Eine ärgere Verhöhnung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, als es Herr Dr. Pfungst betreibt, ist kaum denkbar. Egoismus und Beschränktheit feiern hier Triumphe. Die Versammelten erkennen aus diesem Verhalten, daß die angeblichen Wohlfahrts-einrichtungen dieses Betriebes nur darauf berechnet sind, die Arbeiter an der Ergründung annehmbarer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu hindern. Unter diesen Umständen verpflichten sich die Anwesenden, die Streikenden mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln moralisch zu unterstützen. Sie betrachten es als ihre Ehrenpflicht jedes anständigen Arbeiters, den Betrieb zu meiden, bis die Betriebsleitung sich zu Verhandlungen bereit erklärt. Sollte der Streik im Laufe der Zeit aufgehoben werden, so ist es mit der Ehre eines Arbeiters vereinbar, in einem Betrieb in Arbeit zu treten, wo eines der wichtigsten Rechte der Arbeiter, das Koalitionsrecht, durch mit Füßen getreten wird.“ Wir appellieren an die Solidarität der Metallarbeiter Deutschlands, und erlauben um Beachtung dieser Resolution. Zur Kennzeichnung des Philanthropen Dr. A. Pfungst und der „sozialen“ Bestrebungen dieser Gruppen erachtet eine Besprechung der „Wohlfahrts-einrichtungen“ dieses Betriebes geboten. Herr Dr. A. Pfungst erklärt in der bürgerlichen Presse: Ich halte diese Angriffe für durchaus unberechtigt, da ja jeder meiner Arbeiter meine Grundsätze kennt und daher seine Stelle hätte verlassen können, wenn es ihm nicht paßte, bei einem Arbeiter zu bleiben. Ich halte die Überzeugung für, daß die Einrichtungen in meiner Fabrik keine Basis für wirtschaftliche Kämpfe bilden können.“ Diese Erklärung soll doch wohl mit anderen Worten heißen: Die Wohlfahrts-einrichtungen meines Betriebes sind dazu geschaffen, den Arbeitern jedes Recht zur Verbesserung ihrer Lage, jedes freie Regung, abzunehmen. Für die Arbeiter der Nagos-Union besteht also § 152 der Gewerbeordnung nicht. Nicht Recht, sondern Wohlthaten lautet die Parole des Herrn Dr. A. Pfungst, wie schon aus den Satzungen des Pensionsfonds seines Betriebes ergibt. Danach ist jeder bei der Firma Angestellte nach mindestens dreijähriger Tätigkeit pensionsberechtigt. Die Pension beträgt nach dreijähriger Dienstzeit 20 Prozent des Lohnes und steigt nach 10jähriger Dienstzeit auf 75 Prozent. Das sieht sehr wohlwollend aus und läßt sich auch gut zur Kasse bringen, aber die Sache hat einen Haken. Nach § 2 der Satzungen des Pensionsfonds besteht derselbe „a) aus einem Kapitalfonds von 100 000 M., b) aus einem Verfügungsfonds, der sich aus der Zinsen der sämtlichen Kapitalien, den Ueberschüssen und sonstigen Zuwen-

dungen bildet, somit den die Summe des Kapitalfonds übersteigenden Betrag des Pensionsfonds umfaßt. Die Pensionsansprüche werden aus dem Verfügungsfonds bestritten; die fälligen Beträge werden insoweit anteilmäßig bestritten, als am Fälligkeitstage der Verfügungsfonds zur Befriedigung der sämtlichen an jenem Tage fälligen Ansprüche nicht ausreicht.“ Also: Pensionen können gewährt werden, wenn — ja, wenn Geld vorhanden ist! Es gibt jedoch noch mehr „Wenn“ und „Aber“ in diesen Satzungen. Die Leitung des Pensionsfonds regeln die §§ 11 und 12, die als geradezu absurd bezeichnet werden müssen. § 11 lautet: Die Leitung des Pensionsfonds obliegt dem Fabrikhaber in Gemeinschaft mit den aus der Zahl der Geschäftsbeamten zu bestellenden Geschäftsführern des Pensionsfonds. Die Einzelheiten der Geschäftsführung werden durch eine besondere Instruktion des Fabrikhabers geregelt. In § 12 heißt es: Die Feststellung des Pensionsanspruches erfolgt durch die Leitung des Pensionsfonds. Die Leitung des Pensionsfonds entscheidet über die Frage, ob „dauernde Erwerbsunfähigkeit“ vorliegt, in allen Fällen unanfechtbar und ausschlaggebend. Die Arbeiter sind also bei diesen Pensionsfestsetzungen völlig ausgeschaltet; sie sind auf die Gnade des Fabrikhabers und seiner Beamten angewiesen. Wobei das Allerhöchste ist, daß über die Frage der „dauernden Erwerbsunfähigkeit“ einzig die Leitung (kein Arzt!) entscheidet. Ihre Entscheidungen sind unanfechtbar. Also Stummstücker Fabrikabsolutismus in Reinkultur. Dieze Tatsachen mögen genügen, um den hohen sozialen Wert dieser „Wohlfahrts-einrichtungen“ zu kennzeichnen. Die Arbeiterschaft hat wirklich alle Berechtigungen, ihr Koalitionsrecht nicht um ein solches Einseitigkeit zu opfern. Dem Pfungstischen Fabrikabsolutismus wollen wir einmal die Grundsätze entgegenstellen, die ein anderer, Herr Pfungst wohl nicht ganz unbekannter Philanthrop, Prof. Abbe, in sozialen Fragen aufstellt. Er sagt: „Ja, gerade in dem schönen Weibchen liegt eine nicht zu verkennende Gefahr: hinter der Dekoration kann sich manches verbergen, was ohne sie gleich erkannt sein würde. Einweilen ist es besser, wenn auf dem Wirtschaftsfeld die Hände taub und nach das stehen. Jeder steht dann gleich, aus was für Material sie aufgebaut sind. Wenn sie überfüllt und mit Arabesken verziert sind, sieht man nicht mehr, was dahintersteckt.“ Wir machen Herrn Dr. Pfungst weiter darauf aufmerksam, daß alle Arbeiter der Zeit-Stiftung ein klagbares Recht auf alle sozialen Einrichtungen des Betriebes haben. Und weiter ist ausdrücklich in den Satzungen dieses Betriebes zu lesen: „In der Vertretung ihrer Interessen, einzeln oder gemeinsam, dürfen die Angehörigen der Betriebe in keiner Art beschränkt werden.“ Endlich dürfte Herr Dr. Pfungst folgende Stelle aus einem Vortrag des Professors Abbe über Arbeiterschutz interessieren: „Und diejenigen, welche der Sozialdemokratie gegenüber mit Vorliebe die idealen Güter ausspielen, sollen besonders bedenken, daß es für jeden, auch für den schlechtesten Arbeiter, eines von den idealen Gütern ist, sich nicht als Knecht eines anderen fühlen zu müssen.“ Diese Worte sind geradezu Beischämung für den „Ideologen“ Dr. Pfungst. Aus dieser Besprechung der Wohlfahrts-einrichtungen des Herrn Dr. Pfungst ist zu ersehen, daß sich diese Einrichtungen durch nichts von den Wohlfahrts-einrichtungen unterscheiden, die nicht selten in den reaktionärsten Betrieben zur Unterdrückung und Knechtung der Arbeiterschaft eingeführt wird. Herr Dr. Pfungst hat sich durch sein Verhalten selbst gerichtet. Wir werden seinem ferneren Auftreten die nötige Beachtung zuteil werden lassen.

Schmiede.

Euskirchen. In der Wagenbauerei von Jos. Mergler fing vor kurzem ein Schmiedegeselle zu arbeiten an. Herr Mergler holt sich seine Arbeitskräfte von der Herberge von Köln oder Bonn. Auch dieser Geselle kam von Köln. Es ging die ersten Wochen gut. Aber: „Es kann ja nicht immer so bleiben.“ So war es auch bei Herrn M. Am letzten Samstag ging er durch die Dube bis zu dem neuen Schmiedegesellen. M. liebt es, seinen Leuten das Arbeiten klarzumachen, obwohl er kein Fachmann in der Schmiederei ist. Wenn aber gelernte Schmiede etwas besser wissen wollen als Herr M., dann hält es dieser für seine Pflicht, die Leute mit „dummer Bengel“, „frecher Junge“ u. s. w. zu regalisieren. Es ist ihm gelungen, innerhalb drei Wochen drei junge Schmiede von Köln zu holen. Der erste ging schon am zweiten Tage fort, die andern kurz darauf. Die Kollegen sollten also vorsichtig sein und sich auf den Herbergen keinen Drei um den Mund schmieren lassen. Haben die Herren die Leute erst in der Werkstatt, dann meinen sie, sie könnten sie wie Sklaven behandeln. Also, Kollegen, seid vorsichtig und fragt erst bei der Ortsverwaltung an.

Rundschau.

Der Arbeitsnachweis der Leipziger Metallindustriellen. Leipzig ist gesperrt!

Der Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig hat es nicht für nötig gehalten, auf die in den Versammlungen der Metallarbeiter am 29. Juli vorgebrachten und ihm in der Form einer Resolution nebst Begleitschreiben übermittelten Beschwerden der Metallarbeiter über die schamlosen Zustände auf dem Metallindustriellenarbeitsnachweis so einzugehen, wie es unbedingt notwendig wäre, wenn der Verband den guten Willen hätte, die dortigen Zustände ernstlich zu bessern. Auf die Hauptforderung der Metallarbeiter, die Beseitigung der skandalösen Sperren nach einem Streik, ist der Industriellenverband überhaupt nicht eingegangen. Die Schuld an den Zuständen auf dem Arbeitsnachweis schiebt er aber frisch und munter auf — die Arbeiter, wie das nachstehende Schreiben beweist, das der Vorstand des Metallindustriellenverbandes in letzter Stunde an den 1. Bevollmächtigten der Leipziger Metallarbeiter, den Kollegen Fromm, richtete. Das Schreiben, das erst am Sonnabend den 6. August, abends zwischen 5 und 6 Uhr, zur Post gegeben worden ist und natürlich erst spät abends in die Hände des Kollegen Fromm kam, hat folgenden Wortlaut:

Leipzig, den 6. August 1910.
An den Deutschen Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Leipzig, a. S. des Herrn I. Bevollmächtigten Moritz Fromm, Leipzig-Connewitz, Neusüdlicher Str. 64, Nr. 1.
In Ihrer Zeitschrift an den Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig besagen Sie sich über eine unwürdige Behandlung der Arbeitssuchenden auf dem Arbeitsnachweis. Alle Sie durchsichtig annehmen, wünsch ich der Verband der Metallindustriellen nicht, daß irgend ein Arbeiter ungebührlich behandelt wird.
Der Verband hat daher seine Beamten auch jederzeit angewiesen, sich eines vorurteilenden anständigen Benehmens zu befleißigen. Die strikte Befolgung dieser Anweisung wird aber dadurch sehr erschwert, daß eine große Anzahl Arbeitssuchender in der Arbeitsnachweisstelle ungehörig austritt.
Liebe ich dieses ungehörige Austritt Arbeitssuchender abstellen — vielleicht durch Einwirkung Ihres Verbandes —, so würde, das ist unsere feste Überzeugung, der jetzt auf dem Arbeitsnachweis herrschende, nicht immer gerade schöne Ton sehr bald ein anderer werden.
Schließlich noch bemerkend, daß die von Ihnen aufgestellten übrigen Behauptungen den Tatsachen nicht entsprechen und es zum Beispiel unrichtig ist, wenn Sie sagen, daß es jetzt zur Unmöglichkeit wird, daß sich Arbeitssuchende eine ihren Reigungen, Fähigkeiten und Wünschen entsprechende Arbeitsgelegenheit suchen können.“
Hochachtungsvoll
Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig.
D. Müller, Vorsitzender.

Diese Antwort ist, gelinde gesagt, nichts anderes, als eine den Herren in letzter Minute eingefallene Verlegenheitsausrede. Die Zustände abstreiten konnten sie nicht; in den weiteren Veröffentlichungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Arbeiterpresse als jede Antwort brist Ablehnende zu erscheinen, war der Öffentlichkeit gegenüber auch nicht angenehm, so schloß man in letzter Minute eine Antwort zusammen, die den Verband der Metallindustriellen in blühendster Unschuld erscheinen lassen soll, der legalerweise stets bestritt war, auf seinem Arbeitsnachweis Umgangformen à la Antike einzuführen. Aber die bösen Arbeiter haben diese eben Absichten stets durchschaut, und so steht nur der Verband der Metallindustriellen klagen vor der Öffentlichkeit, daß seinen die Arbeiter zu höherer Sittlichkeit emporführenden Bestrebungen von diesen selbst so wenig Verständnis entgegengebracht wird, ja, daß diese ihn daran geradezu hindern, und er nun gezwungen ist, statt der gewollten eben Persönlichkeit einen nach dem Herzen Knutenortels hanterenden Menschen auf seinem Arbeitsnachweis wachen zu lassen.

Die Antwort hat auf den Gang der Dinge keinen Einfluß. Bereits am 7. August wurde an den Leipziger Blattsäulen in großer Anzahl mitgeteilt, daß die Resolution der Versammlungen vom 29. Juli nun in Kraft tritt. Die in Betracht kommenden Stellen lauten:

1. Leipzig wird für Metallarbeiter aller Branchen, mit Ausnahme derjenigen Branchen, wo Tarifverträge bestehen und solcher, die bisher den Arbeitsnachweis des Verbandes der Metallindustriellen überhaupt nicht benutzten, wie Baukempner, Drücker, Feilenhauer, Grabenreue, Heizungs-monteur und Schlosseranschläger, vom 8. August 1910 ab gesperrt. Die Annahme von Arbeit durch auswärtige Kollegen wird dem Streikbruch gleich erachtet.
 2. Auswärtige Kollegen dürfen Arbeit in nicht gesperrten Branchen nur nach Verständigung mit der Leipziger Ortsverwaltung annehmen.
 3. Der Arbeitsnachweis des Verbandes der Metallindustriellen, Bezirk Leipzig, wird für die Leipziger Metallarbeiter vom 8. August ab gänzlich gesperrt. Arbeitslose können zwar in den Betrieben selbst nach Arbeit anfragen, dürfen aber keineswegs den Arbeitsnachweis benutzen. Zuwiderhandlung wird gleichfalls als Streikbruch behandelt.
 4. Während der Dauer des Kampfes sind alle Ueberkunden in denjenigen Betrieben, wo Arbeiter nur durch Vermittlung des Arbeitsnachweises eingestellt werden, zu verweigern.
- Es ist Pflicht aller Metallarbeiter, diese Beschlüsse streng zu achten. Der Arbeitsnachweis des Leipziger Metallindustriellenverbandes darf unter keinen Umständen benutzt werden.

Gewerbegerichtliches.

Ist ein Gewerbegerichtsverfahren, wenn infolge Zusammenziehung mehrerer Klagen die Gesamtsumme mehr als 100 M. beträgt, berufsungsfähig? Bei dem Gewerbegericht Lechhausen führten der Arbeitersekretär Carl Schmidt und der Gewerkschaftssekretär Otto Händel aus Augsburg Massenklagen. In dem einen Falle klagten 24 streikende Bumper gegen die Wolfram-Lampenaktiengesellschaft Lechhausen auf Auszahlung des einbehaltenen Lohnes. Die Klagen waren einzeln eingereicht und stützten sich auf die §§ 611 und 154 des Bürgerlichen Gesetzbuches und den § 124 Ziffer 4 der Gewerbeordnung. Das Gewerbegericht zog die Klagen zusammen und verurteilte die Firma zu den eingeklagten Beträgen von zusammen circa 800 M., indem es anerkannte, daß der Streik berechtigt sei. Dem die Firma habe, ohne die Arbeiter zu fragen, ein neues verschlechtertes Lohnsystem (Prämien) eingeführt, und da die Verhandlungen zu seinem Ziele führten, hatten die Arbeiter auf Grund der angeführten Paragraphen das Recht, die Arbeit niederzulegen.

Durch den Streik waren die anderen Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen worden und mußten zeitweilig aussetzen. Entschädigung wurde nicht bezahlt, so daß 310 Arbeiterinnen durch den Arbeitersekretär circa 170 Klagen einreichen ließen. Die Klagen waren auf die §§ 293 und 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches gegründet. Das Gewerbegericht Lechhausen gab der Klage statt, zog aber auch diese Klagen zusammen, so daß die Firma zu der Gesamtsumme von 6210 M. verurteilt wurde.

Gegen diese zwei Urteile legte die Firma bei dem Landgericht Augsburg Berufung ein. Das Gericht hat, nachdem die Sache fünfmal vertagt worden war, die Berufung wegen Unzuständigkeit zurückgewiesen, indem es sich dem Antrag des Reichsanwalts Sand angeschlossen, der ausführte, daß zur Vereinfachung der Sache die Einzelklagen durch Gerichtsbeschluß wohl zusammengepackt wurden, das dürfte aber nicht zur Folge haben, daß die Kläger der Wohlthat eines vollstreckbaren Urteils verlustig gehen. Auch würde es nicht im Interesse einer schnellen Erledigung der gewerblichen Streitigkeiten liegen, wenn durch die Zusammenziehung mehrerer Klagen Urteile der Gewerbegerichte berufsungsfähig gemacht würden.

Das Landgericht stellte sich auf den prinzipiell wichtigen Standpunkt, daß Einzelklagen durch die Verbindung ihren Charakter nicht verlieren. Es wies deshalb die Berufung der belagten Firma kostenpflichtig zurück.

In diesem Falle sind drei Urteile von hervorragender Bedeutung erzielt worden. Auch der Firma ist eine empfindliche Lehre erteilt, denn sie hat inklusive Zinsen und Gerichtskosten rund 7000 M. zu zahlen.

Der Zentrum-Metallarbeiterverband.

An zwei Stellen beschäftigt sich in Nr. 33 das Organ der „Christlichen“, der Deutsche Metallarbeiter, damit, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband durch und durch sozialdemokratisch verfaßt ist. Nun, wir verstehen den Schmerz und wissen die Freude über den „Nachweis“, den dieses geistreiche Blättchen zu „bringen“ fähig ist, voll auf zu würdigen. Ja, wir wußten, ohne gerade prophetisch veranlagt zu sein, daß eine solche Anrede kommen würde. Denn wäre sie nicht gekommen, so hätte es ja den Anschein gehabt, als hätten sich die „Christen“ von der Zentrumsherrschaft freigemacht. Also die Bezirksleitung und die Ortsverwaltung Stuttgart haben anlässlich der Reichstagswahl im Kreise Cannstatt-Ludwigsburg einen Aufruf in der Schwäbischen Tagwacht erlassen und die dort wohnenden Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes aufgefordert, zur Wahl zu gehen und den Sozialdemokraten zu wählen. Schrecklich! Gätten denn unsere Mitglieder einen Brot- und Fleischwertener wählen sollen, hätten sie einem Manne die Stimme geben sollen, der die Rechtfertigung der Arbeiter in jeder Beziehung befürwortet? Wir denken: nein! Und da ihnen nicht zugemutet werden kann, einem Manne, der die Arbeiter zu entsetzten trachtet, der ihnen durch die fortgesetzte Verwilligung neuer indirekter Steuern, die Lebenshaltung noch mehr verteuert, zu wählen, so blieb nichts anderes übrig, als zu sagen: wählst einen Sozialdemokraten und keinen anderen. Daß dies das Organ der „Christlichen“ nicht begreifen darf, wissen wir. Solange das Blatt keine Schätze noch für die Zentrumspolitik des Brot- und Fleischwerteners breitschlagen muß, wenn seine Machern nicht ausgeschlossen werden wollen von der ganzen „christlichen“ Gewerkschaftsbewegung, solange muß das Blatt natürlich alle die verächtlichen, die es ernst meinen mit der Lösung der Lage der Arbeiter. Herr Wieder mußte doch den Kotau machen, als er einmal verfuhr, gegen den Brotwertener loszugehen; er und seine „christlichen“ Zentrumsmetallarbeiter sind nun brav geworden und verstehen es nicht mehr, daß man opponieren kann gegen Ausbeutung, Brotwertener und Unterdrückung!

Die sogenannte „Volksversicherung“

der Versicherungsgesellschaft „Viktoria“ sucht hauptsächlich in der Arbeiterbevölkerung die Leute, mit denen sie ihr Geschäft machen will. Die Sache steht auf den ersten Blick hüßlich aus, und die

Chancen des Versicherten erscheinen günstig, wenigstens für den Fall, daß er zeitig stirbt. Man schließt eine Versicherung über einige Hundert Mark ab, zahlt alljährlich eine Mark oder einen ähnlichen Betrag in nicht unerschwinglicher Höhe, und kann sich nun damit trösten, daß für die Familie „gesorgt“ ist, wenn ihr der Ernährer plötzlich durch den Tod entzogen wird. Mancher stirbt aber doch nicht so bald, wie der Versicherungsagent es ihm als möglich hingestellt hätte. Wenn der Versicherte lange genug gelebt und Woche für Woche sein Geld hingenommen hat, was ihm besonders in den Zeiten der Arbeitslosigkeit sehr schwer werden kann, dann wird nach Ablauf der in der Versicherungs-policy vereinbarten Frist ihm ausgezahlt, was er zu fordern hat. Da gibt es nun immer wieder Leute, die sich einbilden, jeder Versicherte habe mindestens das zu fordern, was er im Laufe der Jahre eingezahlt hat, und womöglich noch ein niedriges Stimmchen dazu. Indes, zu solchem Zweck macht selbstverständlich keine Versicherungsgesellschaft ihre Geschäfte und am allerwenigsten die Volksversicherung der „Viktoria“.

Grob ist die Enttäuschung mancher Versicherten, wenn ihm die Abrechnung überreicht wird. Einer, dem es so ergangen ist, teilt dem Vortrags seine Erfahrungen mit und legt ihm als Beleg die Abrechnung vor. Vor zehn Jahren ließ er als junger unbekannter Mann sich versichern, mit der „Viktoria“ auf zehn Jahre eine Versicherung über 350 M abzuschließen, wofür er wöchentlich eine Mark zu zahlen hatte. Bei solchen Bedingungen entrichtet der Versicherte, wie jeder sich ausrechnen kann, schon im selben Jahre mehr als voll die Summe von 350 M, wobei noch von Verzinsung abgesetzt ist. Wenn der Versicherte nicht rechtzeitig starb, so hatte er bis zum Ablauf des zehnten Jahres weiterzahlen, aber dafür würde ihm bei der schließlichen Auszahlung seiner 350 M noch ein „Gewinnanteil“. Zehn Jahre hindurch zahlte er also jede Woche seine Mark, so daß er in zehnmal 52 Wochen im ganzen 520 M hingab. Zählt man die Gebühren für die Annahme und für zehn Jahresquittungsstellen hinzu, so kommt eine Gesamtauszahlung von 522,50 M heraus. Und als er nach Ablauf der zehn Jahre immer noch nicht gestorben war, was würde ihm da ausgezahlt? Die schriftliche Abrechnung, die ihm überreicht wurde und jetzt dem Vortrags vorliegt, billigte ihm außer der Versicherungssumme von 350 M einen Gewinnanteil von 134,79 M zu. Das macht zusammen 484,79 M, um 37,71 M weniger, als er in den zehn Jahren hingeben hatte. Die Abrechnung schließt mit dem folgenden Satz: „In der Hoffnung, daß Sie unserer Gesellschaft und ihren Einrichtungen ein freundliches Interesse bewahren und geneigt sein werden, unsere Volksversicherung in weiteren Kreisen zu empfehlen, zeichnen wir hochachtungsvoll Viktoria zu Berlin u. s. w.“ Nachdem ich las, daß der Empfänger dieser Schlupf, nachdem ich meine 484,79 M ein- zu dem Mann, der so um eine Hoffnung ärmer und um eine Erfahrung reicher geworden war, kam bald darauf wieder ein Versicherungsgeld der „Viktoria“. Wieder wurde angefragt, ob man nicht mit der „Volksversicherung“ einen Vertrag, diesmal vielleicht auf fünfzehn Jahre, abschließen wolle. Wieder wurde der Vorteil herbeigeholen, der bei der „Volksversicherung“ der „Viktoria“ auch einmal ein Versicherter oder seine Familie haben kann, wenn er bezahlten stirbt. Der will einem Versicherungsgeld den Eifer verdanken, mit dem er für seine Auftraggeber wirkt? Er ist ja darauf angewiesen, mit jedem Gewinnen Provision zu rechnen, der für ihn dabei absieht. Diesmal aber blieb aller Ueberredungskunst der Erfolg versagt.

Vom Ausland.

Schweiz.

Erfolg und Bankrott der „Wohlfahrtspläne“ in der Sulzerischen Maschinenfabrik in Winterthur. Der in Winterthur und Luzern bestehende Kampf über die Schweizer Grenze hinaus für die Metallarbeiter, erhebliches Interesse, weil die Sulzerische Maschinenfabrik mit ihren circa 3500 Arbeitern (einschließlich der Lehrlinge) die größte in der Schweiz ist und zu den größten Establishments der internationalen Maschinenindustrie gehört, weil die Firma Sulzer eine zweite große Maschinenfabrik in Ludwigsdorf a. Rh. hat und weil ferner ihre einzelnen Teilhaber Aktionäre von wahrhaftig hundertst bis zu hunderttausend Aktien in der Schweiz und im Ausland sind und überall ihre Hände im Spiele haben. Und endlich ist in diesem Falle zum erstenmal die praktische Probe auf die Wirkungen der sogenannten „Wohlfahrtsmaßnahmen“ auf die Sulzerischen Arbeiter gemacht worden.

Die Firma Sulzer hat plannäßig und gleichzeitig ein ganzes System von Wohlfahrtsmaßnahmen geschaffen, die mannigfaltig und vielseitig sind. Wir nennen davon die Jahresgratifikationen, Arzney- oder Notfallunterstützung, Beitrag an die Kosten der Lebensversicherung, Alterspension, Darlehen auf Erzüge oder längere Zeit, mit denen sich die Arbeiter Häuser oder landwirtschaftliche Betriebe kaufen und sich so an die Scholle setzen und in die Schuldlosigkeit der Firma geraten; Arbeiterwohnungen, Aufnahme der Arbeiterkinder als Lehrlinge, Beschäftigung der Arbeiterfrauen als Kassiererinnen im Bureau der Fabrik, Ferien u. s. w. Es ist die ganze Arbeiterschaft mit einem dichten und geschlossenen Netz von „Wohlfahrtsmaßnahmen“ überzogen, in dem sie so fest und sicher gefangen ist, daß ihm kein einziger entgeht und jeder in irgendeiner Form „bewohlfahrtet“ und von jenem Schicksal errettet wird.

Bei solch Wohlthätigkeit müßten sich die Sulzerischen Arbeiter in einer geradezu idealen Wohlfahrt befinden. Aber alle, auch anderorts beschäftigte Arbeiter wissen, daß die viele kapitalistische Wohlthätigkeit keineswegs identisch mit der unterirdischen und idealen Wohlthätigkeit des einzelnen Arbeiters ist. Was hat zum Beispiel der mit 40 oder 45 Cts. Stundelohn bezahlte Arbeiter davon, wenn täglich einer der Herrsch in jenem Paktat dem Geschäft großmächtig 300 000 Fr. für „Wohlfahrtsmaßnahmen“ spendet? Die Löhne können erhöht sein, magers Stundelohns auch nicht um einen Centime.

Aber etwas anderes erreicht das System von Wohlfahrtsmaßnahmen. Es erdet im Arbeiter das höhere Streben nach moralischer Selbstbildung, Selbstbehebung und Charakterfestigkeit, es plant in jedem einzelnen den bürgerlich-individualistischen Geist, der auf eigene Faust durch Unterwürfigkeit gegen Wohlthaten vorwärts kommen oder denkwürdig kriechen will und den Sinn für Arbeiterkollektivismus erstickt, es entzündet das Gemüthsfeuer des „Teils und Herrschens“, das den einen mehr, den anderen weniger beunruhigt, dann und wann auch wegen „Richtwohlwollens“ ungeduldig befreit, zum Beispiel mit der Anwendung der Jahresgratifikation, wegen Unzufriedenheit mit dem Lohn, wegen Neidwachen beim Feinde, wegen irgend einer unzulässigen Meinung, die irgendein ebenfalls beschäftigter Arbeiter Spiegel des „Fetters“ hindurch hat, es gefährdet, den einen gegen den anderen auszunutzen, jauch Unzufriedenheit zu fassen und den einen gegen den anderen mit Argumenten zu erlösen. Dadurch ist auch der Boden für die Organisation verflacht, was durch die Lähmung bezeugt wird, daß in den Jahren mit den meisten Wohlfahrtsmaßnahmen die wenigsten organisierten Arbeiter und weniger in jenen Jahren, die wenig oder gar nicht in Wohlfahrtspläne waren, die meisten organisierten Arbeiter sind. So ist die Entwicklung im Winterthurer Maschinenbau.

In der Winterthurer Maschinenbauindustrie ist die Wohlfahrt mit dem Lohn nicht so wenig, als gut keine Wohlfahrt nach hier sind die meisten Arbeiter organisiert, hier ist auch kein Arbeiter zum Einzelkämpfer geworden. In der Sulzerischen Fabrik dagegen besteht das gerade Gegenteil. Die Arbeiter in den an Wohlfahrtsmaßnahmen reichen Jahren sind aber nicht deshalb unorganisiert, weil es ihnen so gut geht, daß sie die Organisation und ihre die Arbeitstendenzen übersehen, sondern die Wohlfahrt hat sich nicht als Schutz gegen die Lohnkämpfe, sondern als Werkzeug geschaffen und wird als das am meisten charakteristischste und massenhafteste Mittel der Arbeiter ein Recht, ein Recht und Spielrecht geworden ist und jedes Log ein Verführer und Streifen werden kann.

Das hat sich nun im vorliegenden Kampfe in der Sulzerischen Fabrik gezeigt und bewiesen, die Wohlfahrtsmaßnahmen haben die auf sie gesetzte Hoffnungen der Unternehmer erfüllt. Circa 60 Ceter machten Streikarbeiter, sieben ihren Gewerkschaften und fünf

darbüßen Mitarbeiter in den Kläden und verschuldeten so die brutalen Maßnahmen. In den Werkstätten laufen noch andere ohne Rückgrat hinzu und ihrer zusammen 1300 Meuten vor der Schandtat nicht zurück, eine von Beamten und Angestellten mit „Zustimmung“ der Firma aufgestellte Eingabe an die Behörden um „Schutz vor Belästigungen“ durch die Stellenden zu unterschreiben, also eine geradezu schürkische Schamhaftigkeit zu betreiben. In Wirklichkeit war keine der proletarischen Schamhaftigkeit vor seinem streikenden Mitarbeiter belästigt worden, trotzdem he-er zu der Zeit bereits 30 Polizisten die Fabrik belagert. Charakterfeste Arbeiter, die sich weigerten, Lumpen und Verdräer zu werden, wurden gemahnt.

Die Wohlfahrtsmaßnahmen hatten gewirkt, sie hatten die von ihnen erwartete Schuldigkeit getan. Der Gratifikationen, den Darlehen und Beiträgen an die Lebensversicherung, den Ferien, der Alterspension und der Putzarbeit der Frau im Bureau wurde alles geopfert, was den Arbeiter ehrt und ziert, was ihn zum Menschen macht, was seine Arbeiter- und Menschenseele beudet und ihn über das bloße Arbeitsvieh erhebt.

So haben sie auch ihren Austritt aus dem Schweizerischen Metallarbeiterverband erklärt, wenn nicht früher, so dann, wenn das Vorleben gelindert wurde, mit dem man eine Hütte oder einen kleinen Konditionsbetrieb sich gekauft hatte. Den Ausweichenden wurde in mehreren Fällen der ganze Lohn zur Bezahlung der „Wohlfahrtsmaßnahmen“, das heißt zur Dedung von Forderungen der Firma zurückgehalten, so daß sie mit leeren Händen zu ihren Familien heimkehrten.

Das Judentum der Wohlfahrtsmaßnahmen ist so zur Beistie geworden, als die arbeiterfreundlichen Herren und „humanen Arbeitgeber“ zur Niederzwingung der Arbeiter die Krallen hervorzogen. Der Ausgang des Kampfes ist der Erfolg der Sulzerischen Wohlfahrtsmaßnahmen, aber er ist zugleich ihr Bankrott, denn nun sind doch sehr vielen die Augen über den „Bet“ und die höheren Zweckbestimmungen der Wohlfahrtsmaßnahmen aufgegangen, die nach dem von mehreren Jahren von der Deutschen Arbeiter-Zeitung mit wachem Zynismus abgelegten offenen Bekenntnis nur im Interesse der Unternehmer liegen und eine sehr rentable Kapitalanlage sind.

Auch auf die Arbeiterfrauen wirken die Wohlfahrtsmaßnahmen sehr verderblich zurück, um so mehr dann, wenn sich die Männer nicht um ihre soziale Erziehung kümmern, die freilich voraussetzt, daß man selbst eine solche besitzt.

Unter diesen Umständen sollte unseres Erachtens eine der Hauptaufgaben des vorliegenden Kampfes die Bekämpfung der Entlohnung, der Entweihung und Fortumpfung der Arbeiter, der Vermehrung und Erhöhung der Abhängigkeit des einzelnen Arbeiters dienenden Wohlfahrtsmaßnahmen sein; besonders vor der Aufnahme von Darlehen bei der Firma, vor dem Bezug von Arbeiterwohnungen, die sofort gekündigt worden waren und vor anderen „Wohlfahrtsmaßnahmen“ muß immer wieder gewarnt werden.

England.

Die Arbeiter im englischen Schiffbau haben an ihre Unternehmer Lohnforderungen gestellt. Sie fordern die Vollerhöhung für den 1. September, die Unternehmer wollen sie erst vom 1. Oktober an gewähren, aber nur für den Fall, daß die Zahl der Ende August von Mitgliedern des Unternehmerverbandes direkt beschäftigten Arbeiter (ausschließlich der Lehrlinge) 70 000 erreicht.

Gegen diese Bedingungen wehren sich die Arbeiter mit aller Energie. Sie protestieren gegen die beabsichtigte Einführung des Grundgesetzes, daß die Löhne von der Zahl der beschäftigten Arbeiter abhängig gemacht werden sollen, und erklären, daß der einzig berechnete Maßstab der produzierte Lohngehalt sein kann. Sie weisen darauf hin, daß der technische Fortschritt immer mehr Arbeiter verdrängt. So ist vom Jahre 1906 bis 1907 die Zahl der beschäftigten Arbeiter um rund 8000 zurückgegangen, gleichzeitig aber die Produktion gewaltig gestiegen. Ferner würde nichts der Verband daran hindern können, abzüglich Arbeiterentlassungen vorzunehmen, wenn sie dadurch die Löhne niedriger halten können.

Die Abstimmung der Arbeiter wird gegenwärtig abgeschlossen, und nach der beschriebenen Sitzung zu urteilen, wird sie eine große Mehrheit gegen die Forderung der Unternehmer ergeben. Für den diesjährigen englischen Gewerkschaftskongress, der in der zweiten Septemberwoche in Sheffield stattfindet, sind neben den vielen alljährlich wiederkehrenden und gleichlautenden Resolutionen einige neue Anträge eingebracht worden, die deutlich das zweifellose schon in weiteren Kreisen vorhandene Streben nach einer größeren Zusammenfassung der Kräfte der Arbeiterbewegung zum Ausdruck bringen. Die Organisation der Stauer verlangt, daß unmittelbar Schritte unternommen werden, um den Gewerkschaftskongress, die General Federation of Trade Unions und die Arbeiterpartei zu vereinen, zumal sie alle fast genau denselben Personalkreis umfassen und bei ihren alljährlichen Zusammenkünften die gleichen Fragen behandeln und natürlich auch mit dem gleichen Ergebnis. Der Verband der Tischler verlangt die Verschmelzung aller Gewerkschaften innerhalb derselben Industrie.

Frankreich.

Wird der Vorstand des französischen Maschinenbauerverbandes veröffentlicht in der Augustnummer des Revue des Mécaniciens den Bericht über seine Tätigkeit seit dem letzten Verbandstag im Jahre 1907. Dieser Bericht enthält kurz skizziert die Entwicklung der Organisation der französischen Maschinenbauer. Sie wurde im September 1889 gegründet durch die Ortsvereine von Paris, Lyon, Marseille und Angers mit einem Monatsbeitrag von 25 Centimes pro Mitglied. Zu vorläufiger, zielbewusster Weise wurde auf den späteren Verbandstag die Organisation ausgebaut. Eine Erhöhung des monatlichen Beitrags auf 50 und später auf 60 bis jetzt auf 75 Centimes ermöglichte, der bestehenden Streik- und Beistieffasse eine Arbeitslosenliste auszugeben, denen dann auf dem letzten Verbandstag im Jahre 1907 eine Unterstüßungsstufe für die im Militärdienst befindlichen Kollegen hinzugefügt wurde. Der Bericht beschäftigt sich dann in ausführlicher Weise mit dem inneren Kampfen, die der Verband seit 1907 durchgemacht hatte. Es handelt sich um die Abtrennung von fünf Ortsvereinen (darunter den stärksten des Verbandes, den Ortsverein der Pariser Maschinenbauer), die sich im Jahre 1909 gegen den Beschluß des Vorstandes an dem Einigungskongress der französischen Metallarbeiter beteiligten und im Herbst desselben Jahres dem neuen französischen Metallarbeiterverband angeschlossen. Am Schluß geht der Bericht noch kurz auf den am 13. August stattfindenden Kongress ein. Dieser wird sich in erster Linie mit einem weiteren Ausbau des Verbandes befassen. Den bisherigen Unterstüßungsmaßnahmen soll die Krankenunterstützung angegliedert werden, mit natürlich entsprechender Erhöhung des Beitrags. Wir werden darauf in nächstem Kongressbericht in der folgenden Nummer der Metallarbeiter-Zeitung noch zurückkommen. Folgt geben wir noch die folgende Tabelle, die in übersichtlicher Weise die verschiedenen Unterstüßungen in Franken angibt, die der Verband seit jenem Besehen ausbezahlt hat.

Jahr	Ernt	Arbeitslosigkeit	Stufe	Wohlfahrt	Soldaten	
1900	2231,76					
1901	4611,-		48,-			
1902	128,-		76,-			
1903	1505,50		139,50	10,-		
1904	3735,25		264,50			
1905	3649,50	6345,25	317,-			
1906	13236,20	15527,-	501,-	125,25		
1907-	6399,50	7631,-	115,-			
1908	627,50	16470,50	42,-		229,20	
1909	162,-	7523,85	19,80		321,75	
1910		944,-	55,-		114,10	
Zus.		37199,20	54506,40	1677,70	153,60	735,05

Seit dem 1. August dieses Jahres befinden sich die Rohrleger, Baulempner und Dachdecker von Paris, die gemeinschaftlich in einem Ortsverein organisiert sind, im Streik. Die Bewegung gilt der Verkürzung der Arbeitszeit mit gleichzeitiger Erhöhung des Lohnes, Regelung der Überstunden und Beseitigung des Kolonnensystems. Seit dem 27. Dezember 1906 bestand ein Abkommen des Syndikats mit der Unternehmervereinigung, nach dem der Arbeitstag im Sommer neun und im Winter acht Stunden betragen sollte. Der Taglohn wurde festgesetzt auf 8 Franken für Gehilfen und 5,50 Franken für Hilfsarbeiter. Leider wurde nur in den seltensten Fällen die festgesetzte Arbeitszeit eingehalten. Überstunden wurden fortwährend verlangt und leider auch zu oft willig geleistet. Der Ortsverein der Rohrleger, Baulempner und Dachdecker für Paris und Umgebung will nun versuchen, durch die jegliche Bewegung die Arbeitsbedingungen tariflich zu regeln. Er hat zu diesem Zweck die Forderungen der Arbeiter der Unternehmervereinigung übermittelt. Gefordert wird: Der Achtstundentag an Stelle der bisherigen neun Stunden; ein Taglohn von 10 Franken für Gehilfen und 7,50 Franken für Hilfsarbeiter; Überstunden mit 50 Prozent und Nachtarbeit mit 100 Prozent Aufschlag; vollständige Beseitigung des Kolonnensystems und der Stückarbeit, zuwiderhandelnde Unternehmer sollen eine Konventionalstrafe von 1000 Franken bezahlen. Dazu kommen verschiedene andere Forderungen von sekundärer Bedeutung. Die Unternehmervereinigung hat, wie vorauszu sehen war, alle Forderungen abgelehnt, und daraufhin hat einige Tage später die Gewerkschaft den Streik erklärt. Dieser umfaßt gegenwärtig über 3000 Arbeiter.

Bitter.

Wir suchen Lose Nummern der Jahrgänge 1900 und 1901 des Korrespondenzblattes der Generalkommission. Kollegen, die uns solche Nummern überlassen wollen, bitten wir, sie uns zu übersenden.

Ferner veranlassen uns wiederholt eingegangene Anfragen, ebenfalls auf diese Weise nach Protokollen über die zweite, dritte und vierte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (abgehalten 1895 zu Magdeburg, 1897 zu Braunschweig und 1899 zu Halle a. S.) zu suchen. In den letzten Jahren hat sich die Nachfrage nach diesen Protokollen sehr gesteigert. Manche Kollegen oder deren Angehörige haben unter alten Protokollen z. B. noch einzelne Exemplare dieser Protokolle liegen und legen wenig Wert darauf, während sie von anderen zur Vervollständigung von Bibliotheken z. B. sehr gesucht werden. Da unsere Aufrufe dieser Art erfolglos geblieben sind, sehen wir uns veranlaßt, unsere Nachfrage auch auf die genannten Protokolle auszu dehnen. Die Redaktion.

Verbands-Anzeigen.

- Mitglieder-Versammlungen.**
(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)
- Samstag, 20. August:**
Hochheim u. Tsch. Rose, 8 Uhr.
Nellingen. Kröz (Gambirius), 7/9.
Oranienburg. Dieblich, halb 9 Uhr.
- Sonntag, 21. August:**
Pannsd. B. Heigsm. Langeft. 2. 10.
Mülheim a. Rh. Strum-Dampfen.
Tsch. Güntterstr. 21, 5 Uhr.
- Montag, 22. August:**
Mülheim-Esterkade. Buch, 1/17.
- Dienstag, 23. August:**
Baut-Wilhelmshaven (Klempner).
Halmeland, Grenzstr. 35, halb 9 Uhr.
Radwitz. Straube, Hofenerstr. 8 Uhr.
- Mittwoch, 24. August:**
Sagen-Wetter. Rosenkranz, halb 9.
- Donnerstag, 25. August:**
Berlin (Elektromonteur). Gewerkschaftshaus, Saal 7.
Wallingen. Waffe, 8 Uhr.
- Freitag, 26. August:**
Kreuzbinder. Herberge, halb 9 Uhr.
- Samstag, 27. August:**
Mühlhaffenburg. Bayr. Hof, halb 9.
Mühlhaffenburg. Wille, halb 9 Uhr.
Mühlhaffenburg. Drei König, 8 Uhr.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

- Berlin.** (Drahtarbeiter) Umschauen verboten. Arbeitsnachweis im Verbandsbureau, Schärte-straße 3.
- Eisenach.** (Formen) Umschauen verboten. Handgeleit und Arbeitsnachweis im Bureau.
- Göttingen.** Die Adresse des Bevollmächtigten Fr. Brecht ist jetzt: Seimstraße 11, 1. - Reifegelhaus a. s. a. h. l. g. Kaiserstraße, Mühlhaffenburg, abends 7/8 bis 1/9 Uhr.
- Sagen i. B.** Die hiesige Verwaltungskstelle sucht zum baldigen Antritt einen dritten Beamten für Agitation und Bureau. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen der Münchener Generalversammlung. Zur Bewerbung werden nur Kollegen zugelassen, die fünf Jahre Mitglied des Verbandes sind. Die Bewerber haben eine Bewerbungsschrift einzureichen, die Alter, Beruf, Gesundheitszustand und feitherrige Tätigkeit in der Organisation enthält. Die Bewerbungsschriften sind mit der Aufsicht „Bewerbung“ bis zum 28. August 1910 an Josef Ernst, Sagen i. B., Kolmerstraße 3a, einzusenden.
- Seipzig.** Die hiesige Verwaltungskstelle sucht zum baldigen Antritt einen Geschäftsführer und zwei Hauskassierer. Der Geschäftsführer muß in Verwaltungen und Bureauarbeiten erfahren, sowie rednerisch befähigt sein. Gehalt nach den Beschlüssen der Münchener Generalversammlung. Anfangsgehalt der Hauskassierer 1740 Ml. pro Jahr. Bewerbungen von Kollegen, die fünfjährige Mitgliedschaft aufweisen, für die Hauskassierstellen außerdem der Seipziger Verwaltungskstelle angehören, sind bis zum 5. September er. nicht anzuwenden über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung unter Bezeichnung der Art der Werbung an das Metallarbeiterbureau zu Seipzig, Seipzigerstr. 32, 1. zu richten. Prospekt (M. Sch. n. e.) Umschauen streng verboten.
- Sangerhausen.** (Fellenhaucr und Schleifer) Umschauen verboten. Handgeleit und Arbeitsnachweis bei Wilh. Reichardt, Seitenbeutel 1.
- Geftorben.**
- Augsburg.** Friedrich Gsch, Formner, 61 Jahre, Lungentuberkulose.
- Bremen.** Ernst Rabede, Hifenleur, 41 Jahre, Lungentuberkulose (100).
- Bremerhaven.** Edwin Weder, Mechaniker, 30 Jahre, Unglücksfall (62).
- Durg.** Paul Poppe, Formner, 34 Jahre, Unglücksfall.
- Darmstadt.** Peter Groß, Mechaniker, 51 Jahre, Herzleiden.
- Großscharm.** Rich. Schade, Formner, 23 Jahre, Ruhrzufall.
- Weihenfeld.** Max Bogt, Schlosser, 31 Jahre, Lungentuberkulose.
- Wittenau.** Franz Seliger, Schlosser, 19 Jahre, Magenverletzung.

Privat-Anzeigen.

Wir suchen per sofort Sachkundigen, die per jetzt Gemeinde schneiden können. Seideweger Federhalterfabrik. Koch, Weber & Co., Heideberg.

Perfekter Maschinenführer für Cigarettenmaschinen: Universal, Universelle u. Udon, gesucht.

Cigarettenfabrik Franz Hoveaux, Köln a. Rh.

Um die Adresse des Mechanikers Wilhelm Buch, geb. 20. 9. 1884 in Gehardshof, St. Seipzig, eingetr. am 2. 3. 1902 in Wittenau a. S. (Wachm. 515538), erucht fruchtend. Fricda Wulff, Seipzig bei Eisenburg.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag Stuttgart, Rößstraße 16 B.